DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

KOMM ZU DEN BESTEN! ***Komm zu uns!*** ➔ Seite 15

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 173, Samstag, 11. Mai 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 20.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 600.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN



Corona-Lüge, Weltkriegstreiberei, Spritzenwahn und ihre Hintergründe: Angesichts des Niedergangs des US-Dollar-Systems mitsamt dem »Finanzmarktkaputtalismus« haben uns ein paar ruchlose »Tycoons« eine Unterdrückungs- und Kriegsagenda auferlegt. Die Lügenpresse von FAZ bis TAZ machte mit, wir nicht. Unser DW-Titelfoto entstammt einer Demonstration der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung vom 2. Mai 2024 in Erlangen. Foto: privat

INDOKTRINATION VON AMTSTRÄGERN IN DER CORONA-ZEIT

Von Prof. Dr. jur. Martin Schwab

Zum zwingenden Programm einer seriösen Aufarbeitung der Corona-Krise gehört es, Versuche aus Regierungskreisen zu beleuchten, Richterschaft und Polizei mithilfe von Indoktrinationsseminaren auf Linie zu trimmen.

Auch andere Aufklärungsmedien können etwas, wie diese Zeitung nicht müde wird, zu betonen. Im August 2022 veröffentlichten zunächst das Magazin *VIER* und danach *reitschuster.de* den Insider-Bericht eines Polizisten, der damals im Begriff war, seinen Dienst zu quittieren, weil er die krassen Fehlentwicklungen in der Berliner Polizei nicht mehr aushielt. Unter anderem berichtete er:

»Die Polizei wird seit Jahren ideologisiert. Führungskräfte werden in Seminaren, die teilweise Pflichtveranstaltungen sind, politisch geschult. Unter anderem von Mitarbeitern des Vereins ›Der goldene Aluhut‹, einer Organisation, die pressewirksam Schmähpreise an vermeintliche ›Verschwörungstheoretiker‹ verleiht. Diese politischen Aktivisten sind keine neutralen Experten und damit keine seriösen Kandidaten, um Polizeibeamte zu schulen. Das ist nur ein Beispiel dafür, warum die Polizei so auf Regierungslinie ist.«

Man kann sich in der Tat lebhaft vorstellen, was auf diesen Seminaren erzählt wurde: Corona-Demonstranten müssen dort in die Kategorie würdeloser Unter-Menschen einsortiert worden sein. Und die allgemeine Medienpropaganda tat ihr Übriges. An anderer Stelle heißt es in diesem Bericht:

»Die ständige Diffamierung der ›Querdenker‹ hat sich auch in den Köpfen der Kollegen eingenistet.«

➔ Weiterlesen auf Seite 3

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW173

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 173. Ausgabe ab Samstag, 11. Mai 2024. | Redaktionsschluss war am 8. Mai. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Banküberweisung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Mutiger Botschafter

Der Preis der Republik geht an Bernd Quinque.
LAUDATIO von Klaus Müller

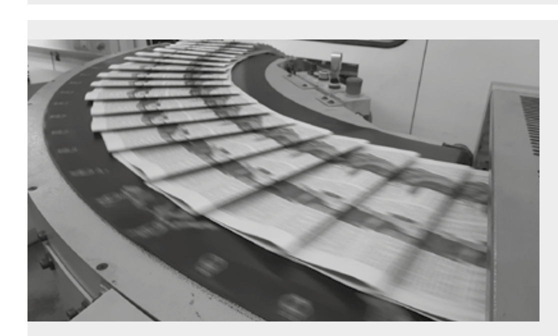
Eigentlich ist Bernd Quinque Unternehmer: In Berlin-Pankow betreibt er ein Autohaus. Doch seit Corona ist er notgedrungen auch als politischer Aktivist unterwegs, hält mit seiner Meinung nicht hinterm Berg und ist dabei sehr kreativ: Die Schaufenster seines Betriebs nutzt er für politische Botschaften (DW berichtete).

Quinque sieht es als seine Pflicht an, auf politische Fehlentwicklungen hinzuweisen. Er will die Menschen wachrütteln, jeder Einzelne trage Verantwortung: »Ich habe Kinder und Enkel und möchte, dass sie in einer guten Welt in Freiheit leben können.« Man dürfe der Politik nicht kampflos das Feld überlassen: »Nichts ist schlimmer als das Wegschauen und Schweigen.« Die sogenannte Pandemie wirkte auf ihn von Anfang an »geplant und gesteuert.« Auch den Ukrainekrieg kann er nicht nachvollziehen: Die Nato trage die Hauptschuld dafür, dass »sinnlos viele Menschenleben geopfert« werden. Zuletzt forderte er vom Verfassungsschutz eine Überwachung von Grünen, CDU, SPD und FDP, denn sie »sind die größten Gefährder Deutschlands«.

Für seinen Mut erntet er viel positives *Feedback*. Dass er andererseits aber auch persönlich angegriffen wird, damit hatte er gerechnet. »Ich wurde schnell als Schwurbler und Putin-Freund verunglimpft«, erklärt Quinque, »die Gegenseite hat eben keine Argumente.« Zeitweise waren die Drohungen gegen ihn so massiv, dass er das Verkaufspersonal von zu Hause aus arbeiten ließ, weil er sie keiner Gefahr aussetzen wollte. »Aber alle Mitarbeiter stehen hinter mir«, freut er sich. Im Mai 2023 erklärte er seine Aktionen, die auch medial für viel Wirbel sorgten, zwischenzeitlich für beendet. Quinque war frustriert, sagte resigniert, das deutsche Volk würde sich von der eigenen Regierung »ohne jegliche Regung seine Errungenschaften« nehmen lassen, was »beschämend und feige« sei. Doch nach nur fünf Wochen machte er weiter: Sein Kampfgeist ist ungebrochen. Einer wie er gibt nicht auf. Dafür gebührt ihm Respekt und dieser Ehrenpreis. Glückwunsch!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN BERND QUINQUE. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle, Arnulf Knierim.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Monotonie des unabänderlichen Irrsinns

Ein AUSSCHNITT aus dem Gedichtzyklus »Die Corona-Litanei« von Werner Köhne

Die täglichen Verlautbarungen machen weiter
die Statistiken machen weiter
die Werte des Westens machen weiter
die Denunzianten machen weiter und
arbeiten so am Gemeinwohl
die weisungsgebundenen Staatsanwälte machen weiter
die Faktenchecker machen weiter
die Beflissenen und Abwägenden machen weiter
die Verantwortungsträger und
Verfassungspräsidenten machen weiter
die Besser Verdienenden und die
kleinen Leute machen weiter
die polizeilichen Ermittler machen weiter
die schönen Seelen machen weiter
die in guter Absicht auch
unsereins macht weiter
die Ordnungsämter machen weiter
die Alterspyramide macht (wächst) weiter
die Unterworfenen machen weiter
die auf den sicheren Plätzen machen weiter
die Kranzniederleger in Yad Vashem machen weiter
die Gedanken machen weiter
noch mehr machen die Hintergedanken weiter
die die alles richtig machen wollen machen weiter
das System macht weiter
die Richter, Rechten und Gerechten machen weiter
die mit denen das Schicksal es nicht
so gut meint machen weiter
die Macher machen weiter,
die die nicht mitmachen wollen -
machen auch sie weiter ?
die Anleger und Ausleger (der
Wahrheit) machen weiter
die Geimpften machen weiter
die Toten machen in ihrem Totsein weiter
bis sie gelöscht werden
die die auf Godot warten machen weiter
die Wahrheit macht weiter auch wenn
sie nicht gebraucht wird
die Ethikkommission macht weiter
der Mythos macht weiter auch wenn
es nichts mehr zu erzählen gibt
die Uhren machen weiter auch wenn
sie nicht mehr zu hören sind
die Inzidenzen machen weiter
die PKs und RKIs machen weiter
der R-Faktor macht weiter
die Abwickler und Vermögensverwalter machen weiter
die Erinnerung – macht sie weiter
die Paare und Passanten machen weiter
die Normalität macht weiter – das wird heiter
das Abendprogramm macht weiter
die Influencer machen weiter
die Verwaltungen machen weiter
die Welt macht weiter – auch ohne uns
die Zyniker mit gutem Einkommen machen weiter
die Chöre auf dem Bayreuther Hügel machen weiter
die Quizsendungen machen weiter
die durch die Institutionen
Marschierenden machen weiter
die auf der sicheren Seite machen weiter
das Leben macht weiter
das Ganze macht weiter
die Wahrheit macht weiter
die Unwahrheit macht weiter bis sie
von der noch wahreren
Wahrheit ersetzt wird
wir machen am besten auch weiter



Fortsetzung vom Titel

Wenn die Polizei so konditioniert wird, ist das die naheliegende Quelle jener Polizeigewalt, die im Frühjahr 2022 sogar den damaligen UN-Sonderbeauftragten für Folter, Nils Melzer, auf den Plan rief. Er erstattete einen erschütternden Bericht über neun Fälle ebenso willkürlicher wie brutaler Polizeigewalt. Im *WELT*-Interview vom 21. April 2022 berichtete er, dass er über einen dieser Fälle mit der Berliner Polizeipräsidentin telefoniert und ihr dazu das zugehörige Video geschickt hatte. Ergebnis:

»Sie hatte kein Verständnis für meine Kritik. Die Polizei scheint der Irrmeinung zu sein, dass jede ihrer Maßnahmen um jeden Preis durchgesetzt und sogar rein verbale Widerrede sofort mit Gewalt gebrochen werden muss.«

Und zu allem Überfluss landen die Opfer dieser Gewalt oftmals anschließend selbst vor Gericht – wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113 StGB). Nur sehr selten dürfen sie vor Gericht auf Gerechtigkeit hoffen, wenn die Einsatzkräfte der Polizei unisono ihre einstudierte Geschichte von den angeblichen Widerstandshandlungen erzählen. Denn auch die Gerichte wurden konditioniert.

Dazu ein Beispiel: Am 23. März 2022 veranstalteten die Justizverwaltungen Saarland und Rheinland-Pfalz gemeinsam eine Richter-Fortbildung in Mainz. Titel:

»Reichsbürger, Corona-Leugner – Verschwörungstheorien und ihre Anhänger als Herausforderung und Gefahr für die Justiz« Allein schon die Tatsache, dass »Reichsbürger« und »Corona-Leugner« in einem Atemzug genannt werden, verheißt nichts Gutes. Während Reichsbürger die ordnungsmäßige Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland als Staatswesen abstreiten und stattdessen die Fortgeltung der Reichsverfassung von 1871 postulieren, stehen jene, die sich weigern, die medial proklamierte Pandemie-Erzählung zu glauben, fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Blicken wir erneut auf den bereits erwähnten -Bericht des Berliner Polizisten:

»Da geht der Durchschnitt der Gesellschaft auf die Straße, Alt-Hippies, normale Bürger, spirituelle Menschen, Linke, Liberale, Rechte, einfach eine bunte Mischung.«



Martin Schwab ist einer der beliebtesten und erfolgreichsten Juraprofessoren in Deutschland und DW-Kolumnist. Schwab war Mitglied der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), 2020 wechselte er zur Basis, trat dort im April 2024 jedoch aus. Foto: diebasis-partei.de

Das interessiert die Justizverwaltungen im Saarland und in Rheinland-Pfalz aber nicht. Die gemeinsame Klammer, unter der beide Gruppen verbunden werden, bilden »Verschwörungstheorien«. Zum Inhalt der Tagung heißt es einleitend:

»Die Justiz sieht sich vermehrt mit Anhängern von Verschwörungstheorien konfrontiert. Ziel der Veranstaltung ist das Vermitteln der Hintergründe und das Erlernen des Auftretens gegenüber diesem Personenkreis. Dies betrifft insbesondere den Umgang in der Gerichtsverhandlung und das Ergreifen von Sicherheitsmaßnahmen einschließlich der Frage, ob und ggf. wie den Verschwörungstheorien argumentativ begegnet werden kann.«

Es folgt unter anderem die Ankündigung, das »Gefahrenpotenzial« dieser Gruppierungen darzustellen. Man erahnt, dass in solchen »Fortbildungen« die Wurzel für jene Hochsicherheitsmaßnahmen gelegt wurde, die in Corona-Prozessen mittlerweile weit verbreitet sind: Scannen von Ausweisen, Verbot des Mitschreibens, Trinkverbot et cetera – auch hier werden die Maßnahmenkritiker zu Unter-Menschen degradiert, mit denen man angeblich nach Belieben verfahren darf oder gar soll.

Der genaue Inhalt der Tagung vom 23. März 2022 würde mich brennend interessieren: Was wurde darin alles als Verschwörungstheorie gebrandmarkt? Wurde den Richtern nochmal eingetrichtert, dass das RKI immer recht hat und gegenläufigen Beweisangeboten gefälligst nicht nachzugehen ist? Und dass die Polizei immer die Wahrheit sagt, wenn ein Corona-Demonstrant vor Gericht steht?

Martin Friedrich Schwab, geboren am 7. September 1967 in Bochum, ist ein deutscher Rechtswissenschaftler und Hochschullehrer an der Universität Bielefeld. Er ist wöchentlicher Originalbeiträger dieser Wochenzeitung. Seine »Kolumne Rechtsstaat« ist diesmal Titeltext der 173. Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand, #DW173.

MELDUNG

EU STOPPT ZULASSUNG VON ASTRAZENECA-SPRITZSTOFF

Brüssel/DW. Erst hatte der britisch-schwedische Pharmakonzern AstraZeneca schwere Nebenwirkungen seines Corona-»Impfstoffs« zugegeben, nun hat die EU-Kommission die Zulassung widerrufen. Demnach ist der Spritzstoff seit dem vergangenen Mittwoch in der EU nicht mehr zugelassen. Grund dafür seien jedoch nicht Sicherheitsbedenken, die EU-Kommission habe keine Zweifel an Sicherheit oder Wirksamkeit des »Impfstoffs«, wie *tagesschau.de* vermeldet. Die Rücknahme der Marktzulassung sei vielmehr auf Initiative des Unternehmens erfolgt und solle kommerzielle Gründe haben, weil das Produkt in der EU kaum noch nachgefragt worden sei. (kmü)

VOGELGRIPPE: MAINSTREAM-MEDIEN SCHON WIEDER IM PANIK-MODUS?

Genf/DW. Die Berichterstattung über die Vogelgrippe nimmt an Fahrt auf. Wie diverse *Mainstream*-Medien berichten, seien Wissenschaftler beunruhigt, da Vogelgrippe-Viren in den Vereinigten Staaten von Amerika nun auch bei Rindern nachgewiesen worden sein sollen. Was für ein glücklicher Zufall, dass bereits Spritzstoffe, die vor dem Virus H5N1 schützen sollen, entwickelt wurden. So berichtete die *Pharmazeutische Zeitung* im Februar 2024 über eine EMA-Entscheidung, nach der zwei Impfstoffe »grünes Licht« erhielten.

Kurze Zeit später überschlugen sich dann plötzlich die Meldungen über eine Ausbreitung des Virus. Die von *Big Pharma* unterwanderte Weltgesundheitsorganisation (WHO) hält eine Gefahr für den Menschen derzeit noch für gering, mahnt aber alle Staaten zu erhöhter Aufmerksamkeit. So ähnlich fing es einst auch bei der Corona-Plandemie an. (kmü)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.695	94.989
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.360	86.890
Mrz.	86.739	87.396	81.901	93.872	95.241	
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	84.926	
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	82.388	
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	76.973	
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	75.360	
Aug.	73.444	78.742	86.658	86.507	78.267	
Sep.	71.022	74.243	77.931	81.043	75.627	
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	84.798	
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	89.368	
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	99.590	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	1.025.593	181.879

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

EIN GELEGENER ANLASS

Wieder einmal »Schockdoktrin«. Wie das Regime Gewalt gezielt einsetzt | Von Batseba N'Diaye

Am 6. Mai 2024 inszenierte das Regime wieder einmal. Ein paar eiligst herbei gerufene Leute aus dem Partei- und Staatsapparat kamen zu symbolträchtigen Versammlungen in und um die Hauptstadt zusammen. Sekundiert von einer eifrigen Journaille.

»Nach Attacken auf Politiker im Europawahlkampf haben am Sonntag etwa 2.000 Menschen in der Region ein Zeichen für Demokratie gesetzt. In Berlin, Bernau und Potsdam gingen Menschen auf die Straße«, so die regierungsnahe *Tagesschau* am Abend des Tages. Diese angeblichen 2.000 Menschen und noch viele mehr gehen in Deutschland jeden Tag auf die Straße und das seit dem 28. März 2020 (siehe Seite 6). Den Hofschreibern ist dieser Umstand dann jedoch keine Zeile Wert.

Nun trifft ein gewalttätiger Angriff Parteifreunde der Machthaber. Da gilt es aufzustehen, mal wieder »mehr« zu sein und im Namen »unserer Demokratie« Flagge zu bekennen. Unisono schallt es durch die Medien, dass nun alles anders sei. Eine »neue Qualität« der Gewalt will Sachsens Lokalmatador Michael Kretschmer (CDU) in den Angriffen ausmachen. Die Schuldigen stehen für ihn selbstverständlich bereits fest: Die AfD und andere Oppositionelle. Dass die AfD selber ein beliebtes Ziel von körperlichen Angriffen ist, lässt er dabei getrost außen vor. Die *Berliner Zeitung* will darin sehen, dass uns unsere Herrscher in ein »zweites Weimar« führen; die derzeitige Demokratie also in Straßenkämpfen auseinander gerieben wird.

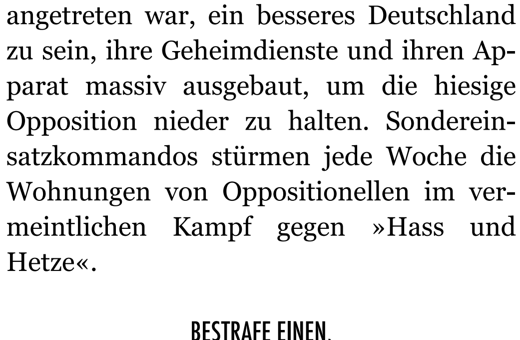
Die Attacken, die von aufgestachelten Menschen auf der Straße ausgetragen werden, sind jedoch nicht das Kernproblem im »besten Deutschland aller Zeiten«. Es ist vielmehr die entfesselte Staatsmacht selbst, die unter dem Deckmantel von pseudo-rechtsstaatlichen Formalien diesen Staat jeden Tag mehr in einen Überwachungs- und Terrorstaat umwandelt, um weiterhin seine Ziele verfolgen zu können. Die Gesetzesänderungen, die nun unter dem Vorwand der Gewaltbekämpfung eingerichtet werden, werden nicht weniger gewalttätig sein.

In den vergangenen vier Jahren, seit der Errichtung des Ausnahme- und Kriegsregime, hat die Bundesrepublik, die einst angetreten war, ein besseres Deutschland zu sein, ihre Geheimdienste und ihren Apparat massiv ausgebaut, um die hiesige Opposition nieder zu halten. Sondereinsatzkommandos stürmen jede Woche die Wohnungen von Oppositionellen im vermeintlichen Kampf gegen »Hass und Hetze«.



OFFENE DROHUNG

Die lokalen Machthaber von Sachsen und Nordrhein-Westfalen, Michael Kretschmer (li.) und Hendrik Wüst (re.) beide CDU, am 5. Mai 2024 bei einer von oben orchestrierten Demonstration in Berlin. Die beiden sind Oberbefehlshaber von einigen Zehntausend Mann Polizei. Weil »Hass gesäht (sic!)« wurde, kündigen sie die Entfesselung der Staatsgewalt an. In ihrem Vorhaben sehen sie sich im vollen Recht, da sie angeblich mehr sind. Warum Parteipolitiker dermaßen auf Online-Medien wie TikTok fixiert sind und diese von den Chinesen oder anderen Parteien zurückfordern (»reclaim«) dürfen, bleibt unklar. Vielleicht liegt es daran, da sie hier merken, dass sie abseits von ihren Regierungsdemonstrationen in der Bevölkerung unbeliebt sind. Foto: Teilbild/Soziale Medien



BESTRAFE EINEN, ERZIEHE HUDERT

Nicht immer wollen Gerichte dieses brutale Vorgehen decken. Deshalb beschreien nun Politiker wie der Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Leipziger Oberbürgermeister, Burkhard Jung (SPD), die »Justiz ist viel zu lasch«. Nicht jede Anzeige, die Parteipolitiker der ganz großen Koalition aus CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne gegen »Hass und Hetze« stellen würden, würde auch zu Verurteilungen führen. Vermeintliche Beleidigungen würden von den Richtern als »freie Meinungsäußerung« gewertet werden. Welch Skandal.

Es wird also wieder einmal Druck auf die Gerichte aufgebaut, so wie wir es unter Corona erlebten. Wer hier anders als hart urteilte oder gar zu anderen Schlüssen kam als die Regierung, wurde des Amtes enthoben und verurteilt. So wie es dem Familienrichter Christian Dettmar in Weimar geschah.

Diese Politik der Spannung erleben wir in Deutschland und im Rest des »Wertewestens« seit dem 1. September 2011 flächendeckend. Der Staat reagiert auf Ereignisse mit Kriegserklärungen, Gesetzesänderungen, begleitet von propagandistischen Schlachtgesängen aus den Medien. Nachdem man den Terror als Feind erklärt hatte, ist nun »Hass und Hetze« dran. Und im Krieg gegen diesen Feind, der wieder einmal nur das eigene Volk ist, ist jedes Mittel der Überwachung, der Kontrolle und der Gewalt recht. Weil ein paar Rentner in den Bundestag gehen wollten, wird das Regime nicht fallen; weil es Schlägereien auf deutschen Straßen gibt, an denen Parteipolitiker beteiligt sind, wird »die Demokratie« nicht untergehen. Auch unsere Herrscher sind nicht so dumm, das zu glauben, auch wenn sie solch schöne Namen wie Bärbock, Wüst, Kretschmer und Fäser tragen. Sie gehen einfach den eingeschlagenen und vorgegebenen Weg weiter. Koste es, was wolle.











So sieht es aus, wenn das Volk – und nicht die Machthaber – auf die Straße geht. Die Forderungen sind nicht: Ausbau der Überwachung, Waffenlieferungen und Propagandaschwemme. Die Forderungen sind: Frieden, Freiheit und Demokratie. Alle Bilder wurden am 5. August 2023 bei der jährlichen Großdemonstration der Demokratiebewegung am Brandenburger Tor in Berlin aufgenommen. Am 3. August 2024 geht es wieder in die Hauptstadt, denn die Straße gehört uns, der Bevölkerung, und nicht irgendwelchen Berufspolitikern. Fotos: Georgi Belickin/DW



Wer in diesen Zeiten immer noch *ARD* und *ZDF* guckt, hat die Kontrolle über sein Leben längst verloren. Wetten, dass dieser aufgeweckte Demokrat weder *Tagesschau, heute* noch *Maischberger* oder *Lanz* guckt!? Foto: Georgi Beleckin

Jugendliche werden rechts, Lehrpläne grün

Und Habeck und Spiegel blamieren sich erneut – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, erst in der vergangenen Woche schrieb ich über die Pleiten und Pannen des Insolvenzministers Robert »ich kann nicht rechnen« Habeck (Bündnisgrüne) und des von Bill Gates finanzierten Märchenblatts *Spiegel*. Die Aktualität der Ereignisse fordert bereits eine Fortsetzung.

Es ist ja bekannt, dass viele der heutigen Polit-Figuren versuchen, Bürger einzuschüchtern, indem sie jeden verklagen, der sie (zu-recht) kritisiert und sich lustig über sie macht. Flak-Trümmerhaufen (FDP) ist wohl das Paradebeispiel dafür (DW berichtete). Aber auch Habeck scheint ein ziemlich humorloser Typ zu sein. Weil er sich von einem *Tweet* des *Welt*-Kolumnisten Rainer Meyer alias Don Alphonso beleidigt fühlte, zeigte er ihn an und verlor nun in zweiter Instanz. Dabei hatte der Journalist im Februar lediglich über Habeck getwittert: »Ein Wirtschaftsminister, der mit seiner äußeren Erscheinung in einer Ansammlung von Bahnhofsalkoholikern nicht negativ auffallen würde.« Ob ihm da – abgesehen von ein paar Grünen – jemand widersprechen würde? Habeck jedenfalls fühlte sich beleidigt. Was ich mich frage: Hat der Mann eigentlich nichts Wichtigeres zu tun? Immerhin über 2.000 Menschen markierten den *Tweet* mit einem Herz. Werden die jetzt auch verfolgt? Und wo genau ist das Problem? Schließlich passte Alphonsos Beschreibung relativ gut zu Äußerungen Habecks, die er 2021 in einer *ARD*-Doku von sich gab: »Ich habe vor fünf Tagen mal Klamotten gewaschen, die stehen da seit fünf Tagen im Flur rum. Seit zehn Tagen habe ich nicht mehr abgewaschen, der Müll ist nicht rausgebracht, die Milch ist alle.« Und nach einer kurzen Pause ergänzte er: »Heute morgen habe ich Müsli mit Wasser gegessen, ohne Scheiß.« Igitt, aber immerhin »ohne Scheiß«.

Kommen wir zum *Spiegel*: Das Relotius-Blättchen berichtete am 5. Mai nach einem tätlichen Angriff auf den SPD-Politiker Matthias Ecke in Dresden zwei Tage zuvor, dass mehr als hundert Politiker eine Erklärung gegen Gewalt unterzeichnet hätten und schreibt direkt unter der *Headline*: »Unterschriften der AfD fehlten bislang.« Im Text erfährt der Leser dann, dass Unterschriften von Politikern der AfD gar nicht zugelassen würden. »Das ist so jenseits von Gut und Böse, das ist so bizarr und gaga – das toppt jede Satire und jeden absurden Roman«, brachte Journalist Boris Reitschuster den Sachverhalt auf den Punkt. Kurze Zeit wurde der Artikel korrigiert. Aber ich frage mich: Warum wurde Relotius einst beim *Spiegel* gefeuert? Der passt doch perfekt dort hin.

Den Angriff auf den SPD-Politiker wollte das paranoide Altparteienkartell nutzen, um nochmals die peinlichen »Demos gegen rechts« anzufachen. Hunderttausendfach wurde in den sozialen Netzwerken dazu aufgerufen, am Sonntagabend zum Brandenburger Tor zu kommen, um einmal mehr gegen die böse AfD zu demonstrieren. Doch obwohl allerbestes Wetter herrschte, kamen gerade mal 800 Leutchen – vermutlich allesamt Parteisoldaten. Was für eine peinliche Veranstaltung. Tja, schön blöd, wenn das *Framing* nicht mehr zieht, was? Was der eine oder andere sogenannte Spitzenpolitiker in diesem Zusammenhang zum Besten gab, ist an Heuchelei kaum noch zu toppen. »Unsere Antwort auf Spaltung ist Zusammenhalt. Unsere Antwort auf Hass und Hetze ist Respekt für alle Menschen. Diese Antwort müssen wir als Demokratinnen & Demokraten zusammen geben. Danke Berlin für dieses starke Zeichen für unsere Demokratie«, twitterte etwa NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU). Starkes Zeichen? Ob er etwa glaubt, dass alle Bürger blöd sind? Oder so vergesslich wie Kanzler Olaf Scholz (SPD)? Denn was Wüst unter Demokratie versteht, offenbarte er bereits während der Plandemie, als er sagte, es gehe darum, den »Geimpften« zu zeigen: »Jetzt kümmern wir uns um die Nichtgeimpften und führen eine Impfpflicht ein.« Aber so ist das in diesen Zeiten: Sie schwadronieren über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und träumen währenddessen von China. Da ich schon bei Wüst bin: Der wird nun wie auch Michael Kretschmer (CDU) in den sozialen Medien als Legastheniker verspottet, weil die beiden vor dem Brandenburger Tor mit einem Schild posierten, auf dem stand: »Wer Hass säht [sic], erntet Gewalt«. Vielleicht sollten die beiden mal Sprachwunder Annalena fragen, wo der Fehler liegt. Auch die Lügenpresse agiert immer offensichtlicher mit zweierlei Maß, dass es immer mehr Menschen auffällt. Während über Angriffe auf AfDler allenfalls klein oder regional berichtet wird, werden Attacken gegen rot-grüne Politiker hochstilisiert. Oder man präsentiert – wie jüngst wiederholt bei *ARD, ZDF* und *RTL* geschehen – Statistiken, die ein verfälschtes Bild darstellen, etwa dass Grüne im vergangenen Jahr mit Abstand am häufigsten Opfer von Angriffen wurden. Das stimmt nur in Bezug auf harmlose verbale Attacken. Dass bei tätlichen Angriffen auf Politiker die AfD mit Abstand auf Platz eins liegt, verschweigt man dagegen lieber: Passt nicht zu dem, was man den Schafen, äh, Zuschauern eintrichtern möchte!

Es lässt sich kaum mehr verbergen: Den Altparteien samt ihrem hörigen Medienanhang geht so richtig die Düse. Könnte auch an neuen Umfragen liegen, die belegen, dass die Jugend trotz Pisa gar nicht so doof ist, wie mancher glaubt. Die AfD wird nicht nur von alten weißen Männern gewählt, auch immer mehr jüngere Menschen finden die Partei offenbar ziemlich dufte. Die Trendstudie »Jugend in Deutschland 2024« ergab, dass 22 Prozent der 14- bis 29-Jährigen die AfD wählen würden. Dies stellt eine Verdopplung innerhalb eines Jahres dar. Das kann natürlich nicht angehen. Laufen Indoktrination und Manipulation etwa auch bei den Jüngeren zunehmend ins Leere? Die Frage stellt sich wohl auch Kai Gehring von den Bündnisgrünen und fordert eine Überarbeitung der Lehrpläne in den Schulen (DW berichtete). Mal sehen, was die sich in ihrer Panik in den kommenden Monaten noch so alles einfallen lassen …

MELDUNG

SASKIA ESKEN VERHARMLOST NS-VERBRECHEN: ANZEIGE VON KELLNER

Tintrup/Berlin/DW. In einem Interview mit dem österreichischen TV-Sender *ORF* sorgte Saskia Esken für eine heftige verbale Entgleisung. Die Parteivorsitzende der SPD verglich die AfD mit Reichspropagandaminister Joseph Goebbels und erklärte, bei der AfD handele es sich um eine »Nazi-Partei«, die »ganz klar verfassungsfeindliche Bestrebungen« habe. Freiheitskämpfer Tim Kellner hat wegen der inflationären Verwendung des Begriffs »Nazi« die Nase voll, diese sei »schlichtweg unerträglich«. Wie der Ex-Polizist in seinen Kanälen auf Youtube und Telegram erklärte, habe er deshalb nun Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen »Antidemokratin Esken« erstattet. Der »Love Priest« lässt also Taten sprechen, macht sich aber nichts vor: »Ich weiß, dass die gesamte Clique zusammenhält, sich gegenseitig schützt und Anzeigen deshalb fast immer ins Leere laufen, aber ich will nicht aufhören, zumindest irgendetwas zu tun, um nicht schweigend und resigniert daheim auf dem Sofa zu sitzen«, erklärte er in einem Telegram-*Statement*. (kmü)

GEMEINSAM GEGEN DIE AFD: WAGENKNECHT BIEDERT SICH BEI CDU AN

Erfurt/Berlin/DW. Das Parteienkartell unternimmt alles, um eine Machtübernahme der in den Ost-Bundesländern starken AfD zu verhindern. Nun hat Sahra Wagenknecht (BSW) eine Unterstützung von Thüringens CDU-Chef Mario Voigt bei der Landtagswahl am 1. September 2024 nicht ausgeschlossen. Dies erklärte die 54-Jährige Ende April in der *ARD*-Sendung *Hart aber fair*. Auch CDU-Vize Karin Prien hält eine Zusammenarbeit mit dem BSW für eine mögliche Option. Man werde in den Ländern schauen müssen, »welche Persönlichkeiten dort für das BSW antreten und welche politischen Ziele in den Wahlprogrammen stehen«, so Prien gegenüber der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Danach könne man dann entscheiden, »ob es vor Ort eine Grundlage für eine Zusammenarbeit gibt«. (kmü)

AKW-BETREIBER KONTERT HABECK

Berlin/DW. Im AKW-Skandal erhält der umstrittene Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) immer heftigeren Gegenwind. Seine Aussage, er sei vom Rat der Betreiber überzeugt worden, die AKWs stillzulegen, bezeichnet PreussenElektra als eine »erheblich verkürzte« Darstellung der Sachlage. »Wir als PreussenElektra haben uns zu jeder Zeit offen für eine Prüfung und Umsetzung eines Weiterbetriebs gezeigt und dies – wo immer möglich – artikuliert«, heißt es in einer internen Nachricht an die Mitarbeiter des Unternehmens, über die die *Bild*-Zeitung berichtete. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
HALLWANG - A: Donnerstag 19.30 • ORF Regional • Kabarett Ludger K.
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister Scholl Platz – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 11.5.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 11.5.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 11.5.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 11.5.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 11.5.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 11.5.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 11.5.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 11.5.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 12.5.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 13.5.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 13.5.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 13.5.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 13.5.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 13.5.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr. 13	3. Runder Tisch Corona-Aufarbeitung
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 13.5.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:45-21 Uhr	Feucht, Altdorfer Str., am Schneckenbrunnen	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 13.5.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 13.5.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-19 Uhr	Melsungen, Am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 13.5.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 13.5.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 13.5.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 13.5.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 13.5.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 13.5.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 14.5.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 14.5.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 14.5.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 14.5.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 14.5.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 15.5.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 15.5.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 15.5.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 15.5.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 15.5.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 15.5.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 15.5.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 15.5.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 15.5.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 15.5.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 16.5.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 16.5.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 16.5.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 16.5.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 16.5.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 16.5.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 16.5.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 16.5.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 16.5.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 16.5.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 17.5.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 18.5.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 18.5.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 18.5.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 18.5.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 18.5.2024, 14-18 Uhr	Grünheide bei Teslas Berlin, Martkplatz	Demonstration für Presse- und Meinungsfreiheit,
Sa, 18.5.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 18.5.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 18.5.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 18.5.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 18.5.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 3.6.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 5.6.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Fr, 2.8.2024	Berlin	DER QUERDENKER-GERICHTSHOF
Sa, 3.8.2024	Berlin, Siegessäule	GROßDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



SECHS MONATE LEBEN FÜR DAS TERRORREGIME

Zum Strafprozess gegen Rechtsanwalt Dr. jur. Reiner Füllmich vor dem Landgericht Göttingen am 7. Mai 2024, dem 14. Verhandlungstag, kommentiert »Evelin«: Der Zuschauerbereich im großen Saal ist nahezu voll besetzt. Die Stimmung unter den Prozessbeobachtern ist aufgrund der jüngsten Nachrichten zur Wochenenddemütigung von Reiner Füllmich (Isolation Freitag bis Montag mit Verlegung in einen anderen Anstaltstrakt, kleidungsfreie Leibesvisitation am Freitag nach Rückkehr aus dem Gerichtssaal in der JVA, Durchsuchung der Zelle, Verweigerung der Kontaktaufnahme mit der Verteidigung für drei Tage, Verweigerung der Kontaktaufnahme mit Angehörigen zu seinem Geburtstag, Hofgangverweigerung in Hörweite der Geburtstagsversammlung vor der JVA, Kontaktverweigerung mit seinen Mitgefangenen) gedrückt. Wir hören, dass die Mitgefangenen mit einem Hungerstreik gedroht haben sollen, falls Reiner Füllmich nicht in seinen Bereich zurückverlegt wird, was aber am Montag dann geschah. In der durchsuchten Zelle wurde übrigens kein kompromittierendes Endgerät zum Aufnehmen von Audiobotschaften gefunden. Eine Nietenaktion aus Sicht der Kriminalisierer:Innen. RF ist einfach zu rechtstreu.«

Der große Bürgerrechter Michael Ballweg war bereits unter ähnlichen Terrorbedingungen durch das Regime in Stuttgart-Stammheim in Folterhaft gehalten worden. Bereits im Oktober äußerte sich der souveräne Demokrat in einer Stellungnahme zur Untersuchungshaft von Dr. jur. Reiner Füllmich: »Michael Ballweg äußert Kritik an den Bedingungen für Untersuchungshäftlinge, insbesondere in Fällen von Wirtschaftskriminalität. Er fordert mehr als nur die Grundausstattung von Papier und Bleistift für eine effektive Verteidigung. Darüber hinaus kritisiert Ballweg, dass die Haftbedingungen selbst nach der Corona-Pandemie kaum verbessert worden sind. ›Viele Häftlinge verbringen weiterhin bis zu 23 Stunden am Tag in ihren Zellen. Dieser Zustand ist nicht nur menschenunwürdig, sondern widerspricht auch internationalen Menschenrechtsstandards‹, so Ballweg. Er erklärt weiter, dass solche Bedingungen langfristige physische und psychologische Auswirkungen haben können und ruft zu dringenden Reformen auf. Er hofft, dass die Justiz im Fall von Dr. Füllmich klar zwischen strafrechtlichen Vorwürfen und politischer Betätigung unterscheiden kann. Die Ermittlungen sollten zügig abgeschlossen und Dr. Füllmich schnellstmöglich freigelassen werden.«

Es ist unschwer zu erkennen, dass wichtige Oppositionelle weiterhin vom Regime sozial, ökonomisch, physisch und psychisch zerstört werden sollen – das nennt man Terror. Ab 2. August 2024 wird die neue Friedens- und Demokratiebewegung dem Regime in Berlin auch dagegen den Schauprozess machen. Bis dahin muss Reiner Füllmich längst auf freiem Fuße sein. (J. Rottweil)



Rechtsanwalt Reiner Füllmich klärte mit der ab Mitte 2020 auf YouTube sendenden Stiftung Corona-Ausschuss sehr erfolgreich auf. Unter dem Vorwand einer mutmaßlichen Spendenaffäre wird er nun seit sechs Monaten vom BRD-Terrorregime in Folterhaft gehalten. Foto: DieBasis

WIDERSTAND GEGEN KLÜNGELEI VON POLITIK UND BIG PHARMA

Hunderte EU-Bürger stellen Strafanzeige beim Internationalen Strafgerichtshof beziehungsweise bei ihren nationalen Staatsanwaltschaften wegen des EU-Pfizer-Vorabkaufvertrages und seiner Folgen

Von Marianne Grimmenstein

Auf Initiative der Bürgerinitiative GemeinWohl-Lobby hat der ungarische Menschenrechtsanwalt Dr. Attila Monostory am 10. Mai (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) im Namen mehrerer Hundert EU-Bürger beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eine Strafanzeige gegen die Verantwortlichen für den Vorabkaufvertrag vom 20. November 2020 zwischen der Europäischen Union und dem Pharmakonzern Pfizer eingereicht. Beklagt werden demnach zahlreiche Verstöße u. a.:

- **gegen den Nürnberger Kodex,**
- **Verbrechen gegen die Menschlichkeit,**
- **Verbrechen des Völkermordes.**

Dr. Attila Monostory ist ein international renommierter Jurist, Anwalt tausender Opfer des internationalen BAUMAG-Skandals, ehemaliger Berater des Koppány-Konzerns, Vizepräsident der »De Jure Liga«, Präsident der Charta der Fremdwährungskreditgeber. Er war der erste in Ungarn, der gegen Korruption und für Unbestechlichkeit der Politik und Verwaltung eingetreten ist. Seit 2023 ist der Präsident der ungarischen Stiftung für Menschenrechte »Society foundation for justice«.

Die nach Meinung der Kläger kriminellen Inhalte des EU-Pfizer-Vorabkaufvertrages hätten dazu geführt, dass unzählige gravierende gesundheitliche und materielle Schäden entstehen konnten. Für diese Schäden übernehme weder eine Regierung noch eine Institution bis jetzt die Verantwortung.
Der Strafanzeige wurde umfangreiches Beweismaterial beigefügt, das nur offizielle Dokumente von der WHO und EU-Behörden beinhaltet. Diese Dokumente beweisen nach Meinung der Kläger eindeutig, dass die verantwortlichen Behörden die Gefahr schwerer gesundheitlicher Schäden von vorneherein kannten, die durch die »Impfungen« entstanden seien.

Trotz dieser Kenntnis sei die Verbreitung und Verabreichung des »Impfstoffes« von Pfizer in der EU bis heute nicht gestoppt worden. Vielmehr wurde und werde permanent verkündet, dass der sogenannte Impfstoff »sicher und wirksam« sei und »keine Langzeitnebenwirkungen« verursache. Inzwischen litten aber immer mehr Menschen unter den verheerenden Folgen dieser »bewussten Täuschung«. Dies ergebe sich eindeutig aus den offiziellen Daten der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) und der WHO.

Um diese humanitäre Katastrophe zu begrenzen, die weitere Verbreitung und Verabreichung des »Impfstoffes« von Pfizer nach dem vorliegenden Beweismaterial endlich zu stoppen, wird der Internationale Gerichtshof in Den Haag durch die klagenden EU-Bürger aufgefordert, die Ermittlungen gegen die Verantwortlichen unverzüglich einzuleiten und die weitere Verbreitung des Pfizer-»Impfstoffs« mit sofortiger Wirkung zu stoppen. Gleichzeitig wurden nach Mitteilung der GemeinWohl-Lobby zeitgleich am 10. Mai in Deutschland und Österreich zahlreiche Strafanzeigen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften gegen die örtlichen Verantwortlichen wegen ihrer Zustimmung zu dem Vertrag und seiner Umsetzung eingereicht.



Diese Demokratin ließ sich nicht von korrupten Polit-Marionetten und Big Pharma hinters Licht führen: Giftspritzen? Nein, danke! Foto: Georgi Belickin

Auf der Webseite https://gemeinwohl-lobby.de/strafanzeige-icc/ steht neben der Strafanzeige beim Internationalen Strafgerichtshof beziehungsweise den nationalen Strafanzeigen auch das dazu gehörende Beweismaterial in Englisch und Französisch zur Verfügung. Das Beweismaterial beinhaltet die folgenden Dokumente:

1. Vorabkaufvertrag zwischen EU und Pfizer vom 20. November 2020

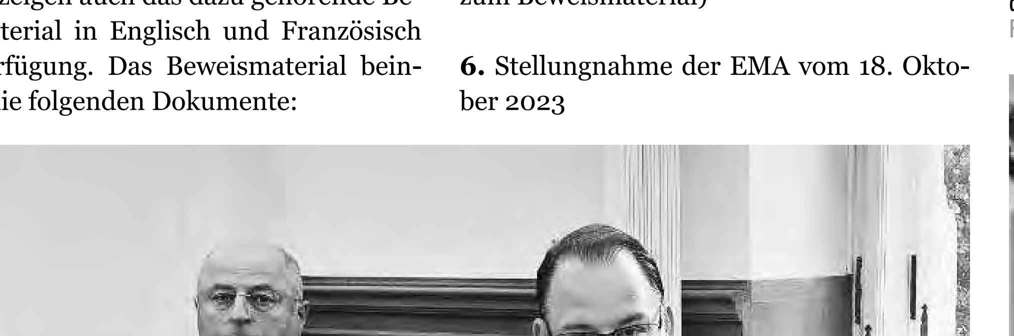
2. Gemeldete Nebenwirkungen durch Comirnaty/Covid-19-Vaccine an die WHO bis zum 27. März 2021

3. Statistik der WHO vom 12. November 2021

4. Gemeldete Nebenwirkungen an die EMA von 19. Dezember 2021 bis 18. Juni 2022

5. Bericht des Europäisches Rechnungshofes von 2022 (Seite 33-34 gehört zum Beweismaterial)

6. Stellungnahme der EMA vom 18. Oktober 2023



Der große Bürgerrechtler, Demokrat und als »Busfahrer der Bewegung« bekanntgewordene Thomas Brauner (rechts im Bild) berichtete am Mittwoch: »Nach der erfolgreichen Verhandlung und der Einstellung des Verfahrens auf Staatskosten inklusive der notwendigen Auslagen vor dem Landgericht Bamberg wegen des erfundenen Tatvorwurfs eines angeblichen Hitlergrußes durch eine unbewusste Körperbewegung, möchte ich mich sehr herzlich für den unermüdlichen Einsatz meines Verteidigers bedanken.

Was uns durchaus bewusst sein sollte, ist die Tatsache, dass die vielen unrechtmäßigen Tatvorwürfe seitens des Denunziantentums und von Teilne der Justiz nicht so einfach weggebügelt werden können. Die Handhabung ist durchaus hartnäckig und man geht bis zum äußersten, bis die gesetzliche Grundlage an Möglichkeit nichts mehr hergibt, um eine Verurteilung zu rechtfertigen!

Genau das ist der Punkt, wo eine professionelle und seriöse Verteidigung vor einem Gericht unerlässlich ist, um solch einem Wahnsinn entschieden begegnen zu können. Wir alle wissen, das es sich nicht um echte Straftaten sondern um konstruierte Straftaten gegenüber systemkritischen Menschen handelt!« Foto: privat



Pforzheim am 6. Mai 2024. Unbeirrt kommen jede Woche erneut Demokraten zusammen. Foto: Telegram/ Rainer Demokrat



Nürnberg am 6. Mai 2024. Demokraten fordern die Aufarbeitung des Coronaregimes. Foto: Telegram/Team Menschenrechte



6. Mai 2024 in Willkau-Haßlau. Das Ende des Krieges gegen die Menschen weltweit ist Kernforderung seit Beginn der Demokratiebewegung am 28. März 2020. Foto: Telegram/Bewegung Zwickau


6. Mai 2024 in Halle. Der Musiker Yann Song King (links) spielt auf der stark frequentierten Versammlung auf dem Marktplatz. Foto: Telegram/Bewegung Halle



ECHTER ARZT

Sie drohen ihm mit zwei Jahren Haft. Gegen den Hamburger Arzt Dr. Walter Weber, Gründer der Ärzte für Aufklärung und Träger des Preises der Republik, wird ein politischer Prozess geführt. Vorgeworfen wird ihm, dass er Maskenatteste ausstellte. Am 6. Mai 2024 fand in Hamburg der erste Verhandlungstag statt. Hunderte waren angereist, um ihn zu unterstützen. Es wurde die Anklageschrift verlesen. Am 13. Mai 2024 um 9:15 Uhr geht es am Landgericht Hamburg, Sievekingsplatz 3 weiter. Ganze 18 Verhandlungstage sind angesetzt. Die Demokratiebewegung kommt immer wieder.

»Die Justiz ist kirre gemacht worden!«

Diese Wochenzeitung würdigt in mehreren Folgen einen Bundestagsabgeordneten, der seit vier Jahren der führende Aufklärer der Corona-Lüge unter den Abgeordneten in den deutschen Parlamenten ist.

DW trifft Robert Farle im Deutschen Bundestag zum Gespräch. Fortsetzung aus #DW172

Farle: Wir hatten haben 2020 direkten Kontakt mit der Stanford-Universität aufgenommen …

DW: … und Professor John Ioannidis!
Farle: Mit dessen Studie war bewiesen, dass der PCR-Test vorne und hinten nicht stimmt. Jeder Autounfall wurde zum Corona-Todesfall umdeklariert. In der Mitte des Jahres 2020 kam dann die dickste Bestätigung. Da wurde im Innenministerium ein Papier gemacht zum Thema, »wie können wir mit der Corona-Geschichte so viel Angst erzeugen, dass wir die zur Impfung kriegen«.

DW: Das sogenannte BMI-Panikpapier.
Farle: Damit war für mich klar, was da im Hintergrund ist. Als der Spahn dann anfing – der war damals ja Bundesgesundheitsminister –, dass sich jeder impfen lassen muss und das mit den Masken anfing, war mir klar: Das ist ein Geschäftsmodell! Dasselbe Geschäftsmodell entdecke ich auch bei anderen Dingen. Diesmal sagten die Ministerien, »wir müssen soviel Angst schüren, dass die Leute das als eine ganz große Gefahr ansehen, da muss die Öffentlichkeit alarmiert werden und jeder muss dazu gebracht werden, das zu akzeptieren«. Wenn man so eine Angst entwickelt, dann akzeptiert man nämlich alles.

Für mich war diese ganze Corona-Geschichte auch ein Testlauf, wie weit man die demokratischen Rechte der Menschen einschränken kann. Ich war damals Kreisvorsitzender und noch in der AfD. Wir hatten Schwierigkeiten, mal ein Lokal zu finden. Man konnte sich mit niemanden mehr treffen. Als ich dann mal nach München gefahren bin, konnte man sich dort nichtmal auf eine Parkbank setzen. Damals war der dortige Ministerpräsident Söder der oberste Treiber, der Oberhäuptling im Abschaffen der bürgerlich-demokratischen Rechte. Heute will der nichts mehr davon wissen.



Robert Farle war erfolgreichster Kandidat der DKP, studierte danach Jura mit Befähigung zum Richteramt und gewann zuletzt mit der AfD Direktmandate für den Landtag von Sachsen-Anhalt und 2021 für den Bundestag. Foto: DW/Lenz

Da ich nunmal Rechtskundiger bin, als Rechtsanwalt sollte ich das auch sein, muss ich feststellen: Alle Handlungsrechte, die menschengrundlegenden Freiheit, die den Menschen nach unserem Grundgesetz zustehen, sind ausgehebelt und ausgesetzt worden. Und die Justiz ist so kirre gemacht worden, dass man sogar bei Gericht sich nicht durchsetzen konnte. Die Gerichte haben nichts ernsthaft geprüft. Ich habe selber Schriftsätze mitverfasst als parlamentarischer Geschäftsführer in Sachsen Anhalt, um bestimmte Maßnahmen wegzukriegen. Aber da habe ich schon gesehen wie leicht das ist, das ganze Land verrückt zu machen und mit dieser drohenden Gefahr unter Zwang zu setzen.

Die Menschen wurden isoliert, das Ganze ist einzigartig und völlig unverständlich. Zwei oder drei Wochen hat es bei mir gedauert, aber dann habe ich bemerkt: Das kann nur Betrug sein. Die verkaufen uns hier die Grippe als Corona! Korrelationsstudien gehören auch zu meinem Handwerk, das Thema der höheren Übersterblichkeit bei Geimpften ist später übrigens auch von mir im Parlament zuerst aufgebracht worden.

DW: Sie nahmen die Injektion nicht und wurden deshalb im Bundestag auf die Besuchertribune versetzt, durften nicht mehr auf Ihrem blauen Sessel im Plenum sitzen. Dort auf der Besuchertribüne saßen Sie dann mit Alice Weidel, Sahra Wagenknecht und einer Auswahl der wenigen starken und intelligenten Leute im Bundestag. Können Sie heute das große Rätsel auf eine Formel: Wofür wurde dieses gigantische Corona-Komplott gemacht?
Farle: Das war ein riesiges Geschäftsmodell und das war ein Milliardengeschäft. Wir wissen heute, dass dieses Milliardengeschäft der ganzen Impfindustrie gedient hat. Das waren Pfizer und mehrere Anbieter, die in einer weltweiten Impfkampagne Hunderte Millionen Menschen impfen wollten. Die haben diese Angst so hochgefahren und geschürt, um sogar neue Wirtschaftszweige aufzumachen. Der Spahn ist da involviert gewesen. Die BioNtech-Firma zum Beispiel hatte gar nichts zu Beginn. Das war eine Firma mit unter 50.000 Euro Eigenkapital. Und, das sage ich mal als Steuerberater, das ist dann eigentlich nichts Seriöses in solch einem Bereich. Die haben aber Hunderte von Millionen Euro vom Staat bekommen, in die wurde investiert. Der BioNTech-Chef und seine Frau haben über 5 Milliarden persönlichen Profit gemacht. Und das war nur eine ganz unbekannte Mini-Firma gewesen. Man kann sich vorstellen: Pfizer, das waren schon zuvor die Großen. Da liegt meines Erachtens der Grund!

DW: Herr Farle, wir danken Ihnen für dieses Gespräch und freuen uns auf die nächste DW-Ausgabe mit Ihnen.
Die Fragen stellte Anselm Lenz

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

RESIGNATION UND RUHESTAND

Deutschland wird zugrunde gerichtet und das wissen Sie noch besser als wir. Wir sind ein Ehepaar, das in den Ruhestand gekommen ist und das nicht weiß, wie lange es noch hat. Der Zustand unseres Landes macht uns psychisch arg zu schaffen und wir sind mit unseren Kräften am Ende. Einer von uns hatte schon drei depressive Episoden im Leben und wir müssen darauf achten, dass so etwas nicht wieder passiert.

Aus Selbstschutz treten wir also die Flucht in die Informationsisolation an, indem wir alle Kanäle abschalten, die uns die unsäglichen Entwicklungen vor Augen oder in die Ohren führen. Das hat nichts mit Ihrer Arbeit zu tun sondern ist reiner, resignativer Selbstschutz. Wir sollen uns für die letzten Jahre auf das konzentrieren, was in unserem Leben noch schön ist. Wir schätzen Ihre Arbeit sehr und hoffen, dass Sie noch lange Kraft dafür haben und zunehmend mehr Leute erreichen.
– Birgit und Helmut W.

GRUSS ZURÜCK

Gestern hatte einer unserer Teilnehmer bei unserer Dienstagsdemo in Breitengüßbach die aktuelle Ausgabe eurer Zeitung dabei. Wir haben nicht schlecht gestaunt, dass da unsere Widerstandsbewegung auf Seite 5 mit Bild erwähnt wird. Eine große Freude und Ehre, dass ausgerechnet wir unter den vielen Orten die wöchentlich auf die Straße gehen, hier symbolisch als ein »Teil des Kerns« erwähnt werden. Ich hege keine Bildrechte auf meine Fotos, setze da auf Freizügigkeit und fühle mich da natürlich auch persönlich geehrt, dass eines meiner Bilder dann in einer Zeitung landet. Viele Grüße aus dem Landkreis Bamberg
– Eric alias »Karl Napf«



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand



Professor Dr. phil. Michael Meyen ist Journalist, Buchautor und Professor für Journalistik an der Ludwig-Maximilians-Universität in der Stadt München sowie einer der Herausgeber der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW). Foto: Privat

Disziplinarstrafe für kritischen Professor

Die Landesanwaltschaft Bayern kürzt Michael Meyen das Gehalt. Grund: Mitherausgeberschaft bei einer Zeitung, der vom Verfassungsschutz »Delegitimierung des Staates« vorgeworfen wird. | BERICHT von Multipolar

De dem Bayerischen Innenministerium nachgeordnete Landesanwaltschaft hat nach knapp einem Jahr Ermittlungen entschieden, die Bezüge von Professor Michael Meyen für 15 Monate um zehn Prozent zu kürzen. Meyen ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Vorgeworfen wird ihm eine 11.000-Euro-Spende von 2019 an die Rote Hilfe – die vom Verfassungsschutz als „linksextremistisch" beobachtet wird – sowie die Unterstützung der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand. Das Blatt, das die Corona-Politik scharf kritisierte, hatte ihn im Frühjahr 2023 in zwei Ausgaben als Mitherausgeber geführt.

Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz bewertete die Zeitung im Sommer 2023 als »zentralen Akteur« im Spektrum der »verfassungsschutzrelevanten Staatsdelegitimierung«. Sie sei das »wichtigste Sprachrohr« für die Verbreitung von »Verschwörungserzählungen und demokratiefeindlicher Propaganda«. Die Süddeutsche Zeitung hatte bereits zuvor, am 31. März 2023, getitelt, Meyen werde »ein Fall für den Verfassungsschutz«. Die Universität hatte daraufhin zunächst beim Landesamt für Verfassungsschutz nachgefragt und anschließend die Disziplinarbehörde eingeschaltet.

Laut der nun erlassenen Disziplinarverfügung wird Meyen vor allem in Haftung genommen für drastische Formulierungen der Zeitungsmacher Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp (»Ballweg in Folterhaft gehalten«, »in diesem Land regieren Mörder (...) mit übergroßem Terrorapparat«). Meyen selbst vertrete die These, in Deutschland herrsche eine nur eingeschränkte Meinungsfreiheit und habe »die Legitimation des Staates zumindest in Frage gestellt«, womit er die Verfassungstreue verletze. Die Landesanwaltschaft zitiert dazu unter anderem aus einem Multipolar-Beitrag Meyens aus dem Jahr 2021:

»Journalismus und Politik können inzwischen auf ein ganzes Arsenal an Waffen zurückgreifen, wenn ihr Wahrheitsregime angegriffen wird. (...) Die Bundesregierung und ihre Propagandisten sorgen sich allerdings nicht um uns oder um unsere Liebsten, sondern um ihr Wahrheitsregime.«

»Wie frei sind die Gedanken?« und »Setzt sich die Regierung über die Verfassung hinweg?«, fragte in diesem Zusammenhang jüngst das *ZDF* und ließ den Verfassungsrechtler Professor Franz Lindner von der Universität Augsburg zu Wort kommen. Der vom Verfassungsschutz eingeführte Begriff der Delegitimierung des Staates sei, so Lindner, »natürlich in einer Weise unbestimmt« und »schwammig«, dass die Gefahr bestehe, »dass bereits pointierte, vielleicht auch überspitzte Kritik an Politik, Staat und Regierung als Delegitimierung begriffen würde und damit möglicherweise unzulässig wäre oder ein Fall für den Verfassungsschutz«. Dem Staat und der Regierung komme »keine Deutungshoheit über den Begriff zu«.

Die nun erlassene Disziplinarverfügung ist Ergebnis eines nichtöffentlichen Verfahrens, in dessen Rahmen sich Meyen im August 2023 bei einer Anhörung äußerte und außerdem zwei schriftliche Stellungnahmen einreichte. Auf Multipolar-Nachfrage wollte sich Meyen nicht zur Sache äußern. Gegen die Verfügung kann vor dem Verwaltungsgericht geklagt werden. (Dieser Beitrag ist seit 7. Mai 2024 auf multipolar-magazin.de abrufbar, DW dankt für den Abdruck an dieser Stelle. Multipolar wird herausgegeben von Steffen Korinth und Paul Schreyer in Greven, der Artikel erschien ebenda am 7. Mai 2024)

GUTEN MORGEN!

Der DW veröffentlichte am Morgen des 6. Mai 2024 über den NichtOhneUns.de-Newsletter die folgende PRESSEERKLÄRUNG zum Thema der Sanktionierung ihres Mitherausgebers: Gegen den DW-Interviewpartner, DW-Gastbeiträger, DW-Herausgeber und DW-Kolumnisten, den Journalistikprofessor Michael Meyen, ist eine politisch fingierte Skandalentscheidung getroffen worden. Unsere Kollegen von der *Epoch Times* kommentierten am Samstag wie folgt: »Dass die Landesanwaltschaft eine Sanktion gegen den Hochschullehrer verhängt, ist in jedem Fall ein sehr ungewöhnlicher Vorgang. Als Professor kann sich Meyen nicht nur auf die Meinungsfreiheit berufen, sondern auch auf die im Grundgesetz verankerte Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre.« Der international renommierte und beliebte Medienprofessor, Journalist und Buchautor Michael Meyen soll laut einer Verfügung im Disziplinarverfahren zehn Prozent seiner Bezüge an der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität gestrichen bekommen, weil er von seinem Einkommen im Jahr 2019 eine Großspende an die Rote Hilfe e.V. überwiesen hatte.

Lesen und verbreiten Sie dazu im Folgenden die Presseerklärung des DW-Chefredakteurs Anselm Lenz.

– DW-PRESSEERKLÄRUNG –

Zu den Waffen greifen!

von Anselm Lenz, DW-Chefredakteur, Berlin

»Allein laut der EMA-Behörde sind in der Folge der Corona-Lüge und dem De-facto-Injektionszwang über 20.000 Menschen totgespritzt worden, über 600.000 Menschen mit schweren Nebenwirkungen verkrüppelt worden, darunter über 15.000 Kinder. Die Dunkelziffer sind Vielfache. Dieser Spritzengenozid geschah mit Ansage. Auch 2024 sterben täglich Menschen an den Folgen der beabsichtigten Vergiftung mit den Covid-Injektionen.

Es begann mit einer Kriegslüge. Ende März 2020 war ich als Redakteur der Tageszeitung *Taz* fristlos entlassen worden, weil ich der Redaktionsleitung das Angebot gemacht hatte, für die Hintergrundseite eine Gegenüberstellung von Regierungs- und Konzernmedienverlautbarungen einerseits und den damals schon in sehr großer Zahl anderslautenden echten Expertenmeinungen andererseits aufzubereiten (Bahner, Ioannidis, Bhakdi, Wodarg und Dutzende weitere schon zu Beginn). Doch die Kriegslüge der beginnenden gleichgeschalteten Terrordiktatur war stärker. »Mit Bedauern« müsse man mir nun fristlos kündigen, hieß es in der E-Mail an mich – die Antwort der *Taz* auf das Angebot von ehrlicher Berichterstattung.n Die neue Friedens- und Demokratiebewegung entsteht mit NichtOhneUns.de als bundesweites dezentrales Netzwerk gegen die Corona-Lüge und für den 5-Punkte-Plan ab 28. März 2020; die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) erscheint seit 17. April 2020. Der DW klärt seither in bis dato 172 Ausgaben mit einer echt verteilten Gesamtauflage von über 30 Millionen Exemplaren inhaltlich teils weltführend auf. Diese Zeitung kann verteilt, verkauft, einzeln abonniert und unterstützt werden.

KOMM ZU DEN BESTEN!
KOMM ZU UNS!

Der DW schreibt große und unauslöschliche (weil gedruckte) Journalistikgeschichte, wo Aufklärung unbedingt gebraucht wird – und hat wahrscheinlich viele Menschenleben durch konkrete Information bewahrt. Der akademisch, professionell und menschlich in höchstem Maße von mir geschätzte, ja bewunderte, Michael Meyen hat seinen Anteil daran. Allein das ist ein Anlass zu hohen und höchsten nationalen und internationalen Auszeichnungen, zu Dank, Hochachtung und Applaus, nicht zur Einschüchterung und Bestrafung!

➔ Fortsetzung auf Seite 10

WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

DIE ABWÄRTSSPIRALE

Es gibt wirklich viele gute Ansätze, um dem deutschen Mittelstand und der damit verbundenen Wirtschaft gute Wege in die Zukunft zu zeigen. Die aktuelle Situation ist in der Tat traurig.

Im internationalen Wettbewerb nimmt Deutschland eher ein Schlusslicht ein, der Arbeitskräftemarkt ist schon seit Jahren ein einziges Elend, das Wort Facharbeiter kann kein Unternehmer mehr hören. Die Technologieführerschaft liegt längst in einem anderen Kontinent, die deutsche Energiewende ist desaströs und ruinös, das familienfeindliche grün-links woke gesellschaftliche Klima motiviert kaum mehr jemanden, innovativ ins Unternehmertum einzusteigen.

Schaut man sich die politischen Stimmen des deutschen Mittelstandes an, dann erinnert einen das eher an die schulmedizinische Symptombehandlung, die den Patienten in Wahrheit krank behalten möchte, als an die notwendige Ursachenbekämpfung, wie man sie aus alternativen Heilverfahren kennt. Das liegt einerseits am fehlenden Wissen, Wissen ist eben eine Holschuld, andererseits am fehlenden Mut, den sogenannten Regierenden in Berlin in klarem Deutsch eine Ansage zu machen. Denn wären sie nicht angepasst und feige, dann wären gerade die letzten Jahre anders verlaufen.

Ein Bundeskanzler, der alles vergisst, ein Wirtschaftsminister, der noch nicht mal lesbare Kinderbücher zustande gebracht hat, ein Finanzminister, der nicht rechnen kann, eine Außenministerin, die der deutschen Sprache nicht mächtig ist, eine Innenministerin, die das Wort »Demokratie« nicht kennt. Die Liste kann unzählig fortgesetzt werden, bis man dann bei den vielen Angepassten landet, die treu, brav und ignorant alles machen und gemacht haben, was von dieser hochbezahlten Unfähigkeit vorgegeben wurde und immer noch wird. Mit Lügen regieren sie das Volk zugrunde – geplant, vorsätzlich, wissend. Es ist eine Schande.

Pandemie, Klima, Krieg. Krieg, Klima, Pandemie. Klima, Pandemie, Krieg. Immer schön im Kreis herum. Alles integriert in ein längst überfälliges politisches Parteiensystem, das keiner braucht. Das sind die wahren Ursachen, die es von den 99 Prozent aus der Welt zu schaffen gilt, um dann Platz zu schaffen für etwas gutes Neues, basierend auf Werten, die es sich lohnt zu leben. Werte, die man kaum mehr öffentlich aussprechen darf, ohne nach rechts geschoben zu werden. Auch eine Schande.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9

Der Demokratische Widerstand – WIR – stehen fest an der Seite eines großen Lehrers und mutigen Demokraten! Das Disziplinarverfahren und die anberaumte Dauerstrafzahlung gegen Journalistikprofessor und DW-Herausgeber Dr. Michael Meyen sind Ausdruck eines am eigenen Muff erstickenden Regimes und einer seelisch toten politmedialen Kaste, die ganz offenkundig nichts mehr kann, als zu lügen, zu töten, zu zensieren, zu verfemen, niederzuprügeln, die Intelligenz niederzumachen, immer neue Sündenböcke zu markieren und die dumpfe Masse zu Kriegen nach innen und außen aufzustacheln.

Die von der politisch durchseuchten Landesanwaltschaft in Bayern verhängte Straf-»Flatrate«, die skandalös ist, Meyen aber wegstecken wird, bedeutet einen Versuch der Abschreckung anderer. Das allerdings wird nicht gelingen, nicht nur weil die Posse bei Gericht wieder fallen wird. Wir sind viele, wir sind überall – auch auf allen Fluren des Apparates – und wir sind gutherzig, friedlich, entschlossen und haben jedes Recht auf unserer Seite.

Auf dem Weg in den Abgrund jenes Schweinepacks, das nicht erst in den zurückliegenden vier Jahren in berufspolitischer und konzernmedialer Verantwortung war – und sich von uns dafür auch noch fürstlich zwangsbezahlen lässt –, sondern auch die gesamte Entwicklung dahin zu mitzuverantworten hat, sollen die wenigen interessanten Intellektuellen in der BRD der Gegenwart in die Enge, oder mehr noch, offenbar außer Landes getrieben werden. Aber!

DER WIDERSTAND WÄCHST

Neben Prof. Meyen sind beispielhaft zu nennen Prof. Dr. phil. Ulrike Guérot, Prof. Dr. phil. Rudolph Bauer, Prof. Dr. jur. Martin Schwab, Dr. jur. Beate Bahner, Dr. phil. Werner Köhne, Prof. Dr. med. Sucharit Bhakdi, Prof. Dr. phil. Klaus-Jürgen Bruder und Hunderte weitere mit oder ohne höchste akademische Titel, die in unserer Zeitung nebeneinander und oft miteinander vorkommen, die Originalbeiträge liefern oder DW-Herausgeber sind, unabhängig davon, wer auf der Titelzeile neben dem Journalisten und Verleger Hendrik Sodenkamp und meiner sichtbar genannt wird.

Abgesehen von der sachlichen Redlichkeit des DW, der sich seit 2020 als einzige Zeitung in Deutschland an den Pressekodex hält, sind auch der Widerstand insgesamt und dessen Medien keine Randerscheinung. Sondern auch im internationalen Verbund zum Beispiel mit französischen Oppositionellen (vgl. u. a. Buchverlagsprogramm Sodenkamp&Lenz, sodenkamplenz.de) die relevante Kraft für Aufklärung, Freiheit, Grundrechte und Demokratie, im Grunde für das menschliche Leben überhaupt, für die notwendige Neuverständigung von unten, den Frieden und die Liebe. Wir sind die Zukunft, unser Sieg wird umfassend sein.

ES IST DESHALB ZEIT, EINE FESTSTELLUNG ZU MACHEN.

Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes ist vollumfänglich ausgelöst – und zwar als Abwehrrecht gegen einen selbstdeligitimierten Staatsapparat, gegen dessen Vollstrecker und beigeordnete Entitären sowie Personen, die den Staatsstreich seit der Ausrufung des iAusnahmezustandes im März 2020 und der damit einhergehenden Kriegsvorbereitung ›durchzudrücken‹ trachten, die Oppositionelle terrorisieren, Demonstranten niederprügeln und die Pressefreiheit nicht nur einschränken, sondern diese ganz offensichtlich in einschüchternder bis terroristischer Manier angreifen, um sie abzuschaffen.

Wer Freundliches im Schilde führt – selbst wenn es nur schwierig durchsetzbar ist –, kann es ganz einfach offen sagen und wird dafür mit der Zeit viel Unterstützung bis hin zu Wahlsiegen bei Volksabstimmungen bekommen. Wer aber betrügen und töten will, der muss lügen. Dieser Apparat und die Konzernmedien lügen, und zwar systematisch und mit grauenhaften Folgen, was zu beweisen war. Dieses Regime hat zudem systematisch Journalisten und Ärzte überfallen lassen, Oppositionelle verfemt, Demonstranten getötet und Kinder mit Tränengas und Wasserwerfern angegriffen.

ZU DEN WAFFEN GREIFEN!

Ich fordere alle echten Demokraten im Volk auf, sich im Rahmen des Erlaubten zu bewaffnen, um sich bei Angriffen des Regimes unmittelbar und ohne Vorwarnung wirksam verteidigen zu können und weitere Angriffe des Regimes auf die Person mit allen möglichen Konsequenzen abwehren zu können! Mein Appell ist einer der Defensive gegen einen selbstdelegitimierten und teils systematisch kriminell agierenden Apparat (vgl. Nils Melzer). Mein Appell ist keiner des Angriffs, der Entgrenzung, Enthemmung oder der Erzeugung von chaotischen Zuständen, ganz im Gegenteil.

In diesem Sinne halte ich es für verständlich und sogar für angebracht, wenn sich Bauern, Arbeiter, Bürger und auch Kollegen an den Universitäten (jeweils w/m) zu freien Selbstverteidigungsverbänden zusammenschließen – dies selbstverständlich im Rahmen des Erlaubten sowie nach sinnvoller Abwägung des Artikels 20 Absatz 4 Grundgesetz, nach naturrechtlichen Erwägungen und allen weiteren Implikationen –, um sich im Fall des Angriffes des Regimes, der immer auf die zuvor gezielt vereinzelte Person erfolgt, gegen dieses Regime und dessen Vertreter auch kurzfristig und geeint mit aller Konsequenz zur Wehr zu setzen. Das sollte trainiert werden.

Das Regime, das durch den folgenreichen Bruch mit der Verfassung, dem Menschenrecht, dem Völkerrecht und dem Nürnberger Kodex maßlose Schuld auf sich geladen hat, und das auch im Einzelnen bis auf Weiteres kein Vertrauen mehr genießt, mehr noch, zu Teilen als mögliche Bedrohung von Leib und Leben behandelt werden muss, muss in seine Schranken verwiesen werden – und gehört möglicherweise abgesetzt und ersatzlos abgewickelt, so die Meinung nicht weniger Menschen in der BRD. Eine grundlegende Neuverständigung von unten nach oben ist auch meines Erachtens unausweichlich.

AUFFORDERUNG ZUM WIDERSTAND!

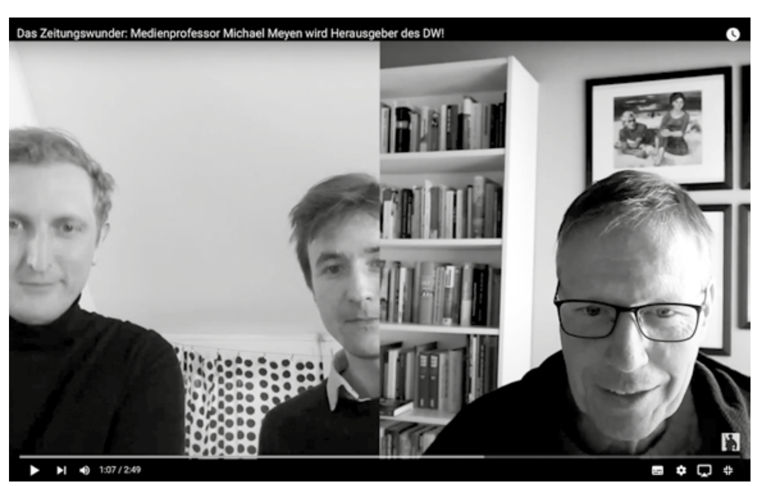
Des Weiteren sollten Möglichkeiten zur Vergeltung in Betracht gezogen werden, um Apparatsmitarbeiter von weiteren Angriffen auf uns Menschen abzuschrecken oder zumindest die Durchführung der Angriffe auf uns Menschen zu bremsen beziehungsweise drastisch zu verteuern; auch dies selbstverständlich nur im Rahmen des Erlaubten und ohne Straftaten. Zuguterletzt halte ich entschlossenes bürgerschaftliches Engagement beim Abbau und Abwehr von mobiler und immobiler Überwachungstechnik in der Stadt, auf dem Lande und in der Luft – im Rahmen des Erlaubten – für dringend geboten.

Dem Sturz in systematisch organisierten Spritzengenozid, in Weltkriegstreiberei, Überwachungswahn, in Staats- und Konzernterror – und die konkreten Vorbereitungen dazu – unter dem Vorwand, ausgerechnet diese Leute und dieser in den Absolutismus/Neofaschismus ›abgekippte‹ Machtapparat träten ›gegen den Faschismus‹ an, ›gegen einen neuen Hitler‹, ›gegen Rechts‹ oder gegen sonstwas, halte ich Grundgesetz, Menschenrecht, Völkerrecht, Nürnberger Kodex, die Erfahrung, Maß, Menschlichkeit, die Weltliteratur und den herzensguten und realistischen 5-Punkte-Plan der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung entgegen – und dies, wenn es denn sein muss, auch weiterhin unter Einsatz meines Lebens.

Nach dem neuerlichen Angriff auf die Demokratie in Person des weltweit anerkannten Journalisten und Medienprofessors Dr. Michael Meyen durch begriffs- und geschichtsklitternde Orwell-Demokraten: Ich fordere hiermit ganz ausdrücklich zum entschlossensten und konsequentesten Widerstand und zur Vergeltung auf! Selbstverständlich im Rahmen des Erlaubten: Das muss man ja angesichts der Dumpfheit des Packs in Polit-, Konzernmedien- und Apparatspositionen immer wieder hervorheben.

TOP-HYGIENISCH UNMASKIERT FÜR DEN SOFORTIGEN FRIEDEN!

Ist die Paraphrasierung eines umstrittenen Satzes des früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck bereits im Titel erkennbar? In der aktuellen Ausgabe #DW172 gehe ich auf solche Missverständnisse anlässlich meines ersten Besuchs im Bundestag seit fünf Jahren beim geschätzten Robert Farle im Reportage-Teil ein (#DW172 vom 4. Mai 2024, Ressort DW-Akademie, Seiten 12/13).« – Anselm Lenz, Journalist und Verleger, DW-Chefredakteur, Berlin am 5. Mai 2024



»Die gedruckte Zeitung garantiert Anonymität. Bei der gedruckten Zeitung kann niemand sehen, wer etwas liest, wie lange ich etwas lese, ob ich die Texte weitergebe oder ob ich gar nichts mit der Zeitung mache, ob ich sie einfach wegwerfe. Im Digitalen ist das nicht möglich. Im Digitalen wird jeder Schritt, den wir tun, überwacht. Und schlimmer noch, im Digitalen wird jeder Schritt zurückgefüttert in die Maschine, die Inhalte produziert. Wir bekommen also auf dem Digitalen Wege zum einen das, was die Macht uns ohnehin sagen will, weil sie eng an diesen Verlagen dran ist. Und zum anderen das, was man über unser Verhalten weiß; insofern ist die digitale Zeitung keine Neuigkeit mehr, was eine Zeitung eigentlich sein müsste, sondern nur noch ein Echo von dem, was wir schon vorher getan haben. Die gedruckte Zeitung ist außerdem nicht so leicht manipulierbar. Man kann, selbst wenn es nur 10.000 gedruckte Exemplare wären, kann man zwar versuchen, alle wider einzufangen, alle Exemplare, die ausgeteilt worden sind wiederzubekommen, aber irgendwo, auf irgendeinem Dachboden, wird eine Ausgabe liegenbleiben. Im Digitalen ist alles manipulierbar, alles nachträglich veränderbar. Die gedruckte Zeitung schützt vor Manipulation, schützt vor Überwachung und bewahrt uns davor, nur noch das zu lesen, was wir ohnehin schon wissen. Und trotz aller Schwierigkeiten bei den gestiegenen Druckkosten, trotz aller Schwierigkeiten bei der Zustellung ist mein Plädoyer klar für eine gedruckte Zeitung!« – Prof. Dr. Michael Meyen im Gespräch mit Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp (v.r.n.l.) anlässlich seines Einstieges beim DW als Mitherausgeber, Live-Mitschnitt vom 19. März 2023 (»Demokratischer Widerstand« auf YouTube)

ZUM ANTIFASCHISTISCHEN GEDENKTAG

8. Mai 2024, 79 Jahre Befreiung von der Hitler-Diktatur. 1994 zog der letzte russische Soldat ab, die Besetzung durch »den Westen« dauert hingegen an. | Bericht und Kommentar von Batseba N'Diaye

Es wird in diesem Jahr dem Nato-BRD-System nicht ganz leicht fallen, die Tage der Kapitulation vor 79 Jahren zu verkaufen. Zu faschistisch agiert das Regime seit vier Jahren. Eine souveräne deutsche Demokratie mit Volksentscheiden in allen grundlegenden Fragen scheint der Hauptfeind.

Die Bilder des drastischen Vorgehens der deutschen Inlandstruppen gegen die eigene Jugend in den Universitäten gehen um die Welt – und sollen das auch nach dem Willen der Besatzungsmächte. Die BRD lässt seit vier Jahren loskloppen gegen alles Oppositionelle, das sich regt oder äußert. Das Schema ist dasselbe seit bald einem Jahrhundert. Wer nicht nach dem Willen des Tiefen Staates aus Washington ist, der ist entweder »Nazi« oder »Antisemit«, früher auch »Kommunist« – oder sitzt seit Jahren im Gefängnis wie Julian Assange, der australische Journalist, Wikileaks-Gründer und DW-Ehrenherausgeber. Doch so elend brutal ist »der Westen« noch nie vorgegangen, wie in diesen Jahren. Der US-Faschismus scheint die letzte Option eines Imperiums zu sein, das seine besten Tage lange hinter sich hat.

»GEGEN RECHTS SIND DIE NUR MIT DEM FINGER AUF DER LANDKARTE« – ANSELM LENZ

Dass das Ganze nicht mit »links« und »rechts« zu fassen ist, machen die obersten Kriegstreiberinnen der BRD im US-UK-EU-Auftrag gerne klar. Die »Hochbegabte« im bündnisgrünen Außenministerium posierte schon als Möchtergern-Eroberin Russlands »auf den Schultern« ihres Großvaters, der auf Geheiß der Hitler-Diktatur noch Osten marschiert war. Das Sturmgeschütz der Rüstungslobby von den Freidemokraten lässt sich treffend als »Mutter Courage« feiern (Seite 15, Medien), die ihre Kinder opfert. Von den Massakern in Gewerkschaftshäusern während des aus »dem Westen« orchestrierten Maidan-Putsches in Kiew und in Mariupol ist zu den Fake-antifaschistischen BRD-Gedenktagen nichts zu hören. Der russische Einfluss soll nach dem Willen der »Grand-Chessboard«-Front aus Übersee eliminiert werden (vgl. Zbigniew Brzeziński). Und das deutsche Volk als kulturelle und ethnische »Hausmacht« in deutschen Landen gleich mit. Da kann man noch sehr für Menschen- und Asylrecht sein, ein Blick in deutsche Städte reicht aus, um das zu bemerken. Das »neue amerikanische Jahrhundert« (vgl. Nichtregierungsorganisation »Project for the New American Century«) soll ja 2001 mit drei einstürzenden Neubauten im New York begonnen haben.



Die seit vier Jahren weltweit berüchtigten Berliner Inlandsmilizen in den schwarzen Kampfanzügen räumen am 7. Mai Campus und Gebäude der Freien Universität Berlin. Der Staatspropagandafunk RBB sendet die Bilder in diesem Fall gerne. Foto: DW-Bildschirmfoto/RBB24

Weitere Jahrestage der Woche: »Zum 25. Jahrestag der Bombardierung der Botschaft Beijings in Belgrad durch die USA ist Chinas Präsident Xi Jinping am Dienstagabend in der serbischen Hauptstadt erwartet worden. ›Wir dürfen nicht vergessen, dass die NATO vor 25 Jahren unverfroren die chinesische Botschaft in Jugoslawien bombardiert hat‹, heißt es in einem Namensbeitrag von Xi, den die serbische Tageszeitung Politika am Dienstag veröffentlichte. Washington hatte den Angriff, bei dem drei Chinesen zu Tode kamen und 20 weitere Personen verletzt wurden, offiziell ein ›Versehen‹ genannt. Xi bekräftigte, die chinesische Bevölkerung werde es ›nie zulassen, dass historische Tragödien noch einmal geschehen‹«, so die Tageszeitung junge Welt am Mittwoch.

NAPOLEON WILL FUSSOLDATEN SENDEN

Wir »der Westen« nervös, weil der Krieg gegen Russland nicht gut geht, die Rote Armee von mehreren Frontdurchbrüchen berichtet? Dem Kiewer-US-Marionettenregime laufen die Rekruten in alle Richtungen davon. Vermehrt geben russische Nachrichtenagenturen Meldungen wie diese heraus: »Im Gebiet Saporoschje wurden bis zu zwanzig Einsätze von französischsprachigen Söldnern im Dienste des ukrainischen Militärs festgestellt. Wladimir Rogow, Mitarbeiter der Verwaltung der Region, erklärt dazu gegenüber der Nachrichtenagentur TASS: ›Es gab französischsprachige Söldner, allerdings ohne irgendwelche französische Abzeichen. Sowohl weiße als auch dunkelhäutige im Gebiet Saporoschje gab es bis zu zwanzig solcher Fälle.‹« »Der Westen« in Person des französischen »Bankiers-Napoléon im Elysée-Palast« (Michel Onfray) fällt immer wieder mit der öffentlichen Forderung auf, europäische Bodentruppen massenhaft und offen im Stellvertreterkrieg auf dem Territorium der Ukraine einzusetzen.

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Hitler Diktatur gegenüber Sowjetrussland, am 9. Mai gegenüber den Invasionstruppen der USA und Englands. 1994 zog der letzte russische Soldat ab, die Besetzung durch »den Westen« dauert hingegen an. DW wünscht trotz alledem einen sonnigen 8. und 9. Mai 2024 und steht für den sofortigen Frieden!

MELDUNG

CDU BESCHLIESST WEHRPFLICHT

Berlin/DW. Auf ihrem Parteitag in der Hauptstadt hat sich die CDU mit großer Mehrheit der Delegierten »zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr« für eine Rückkehr zur Wehrpflicht entschieden. Die Aussetzung der Wehrpflicht habe sich laut JU-Chef Johannes Winkel als »Illusion« herausgestellt, berichtet *Bild*. In Anbetracht der auf Hochtouren laufenden Kriegsindustrie dürfe Deutschland keine weitere Zeit verlieren. »Wir leben in einem Land, das sich im Notfall nicht gegen Aggression von außen verteidigen kann«, so Winkel weiter. Bis zur Umsetzung eines verpflichtenden »Gesellschaftsjahres« solle eine »Kontingentwehrpflicht« eingeführt werden. In der umstrittenen Ampel lehnen Bündnisgrüne und FDP eine Rückkehr zur Wehrpflicht (noch) ab, Kriegsminister Boris Pistorius (SPD) dagegen hatte sich für eine Wiedereinführung ausgesprochen. Die Aussetzung der im Grundgesetz verankerten Wehrpflicht kann der Bundestag per einfacher Mehrheit zurücknehmen. (kmü)

NORD-STREAM-SPRENGUNG: CHINA FORDERT AUFKLÄRUNG

Berlin/Peking/DW. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: Auch eineinhalb Jahre nach der Sprengung von drei der insgesamt vier *Nord-Stream-Pipelines* ist die Bundesregierung bzw. die deutsche Justiz und deren zuständiger Minister offenbar nicht an einer Aufklärung interessiert. Laut *Tichys Einblick* zeigt sich China deshalb irritiert. Schweden, Dänemark und Deutschland hätten Zeit genug gehabt, die Ermittlungen auf nationaler Ebene voranzutreiben. Doch nach wie vor liegt keine Einschätzung dazu vor, wer für die Sprengung verantwortlich war. Die chinesische Führung vermutet »versteckte Absichten hinter dem Widerstand gegen eine internationale Untersuchung«, weshalb UN-Botschafter Geng Shuang nun eine Untersuchung unter Leitung der UN fordert. (kmü)



DW-Herausgeber Prof. Dr. Michael Meyen und der Autor Kerem Schamberger (rechts im Bild) gaben 2018 ein erfolgreiches Buch zur Lage des kurdischen Volkes heraus: »Die Kurden. Ein Volk zwischen Unterdrückung und Rebellion«, Westend-Verlag, Frankfurt am Main. Überschüsse gaben sie 2019 feierlich in Form eines Schecks an die Rote Hilfe e.V.. Meyen wurde dafür von der Landesanwaltschaft Bayern inkriminiert (Seite 9 dieser DW-Ausgabe). Schamberger ist laut Angaben Meyens auf DW-Nachfrage ab 2020 der Corona-Lüge verfallen und hat sich unterworfen. Foto: Seemoz

ZITAT DER WOCHE



Foto: Commons

»Ich habe nicht das Gefühl, Abgeordnete in einem Parlament zu sein.
Ich komme mir zunehmend so vor, als sei ich Insassin in einem Irrenhaus.
Es ist bedauerlicherweise so.
Das EU-Parlament ist das größte Irrenhaus der ganzen Welt.
Sie machen sich keine Vorstellung,
davon, wie verrückt dieser Laden wirklich ist.«

Christine Anderson, MdEP der AfD in Straßburg und Brüssel

Geht es der WHO (
um Gesundheit?

Ein »Nein« zum Pandemievertrag und den totalitär anmutenden Internationalen Gesundheitsregu
aber wir müssen auch endlich »Nein« zu dieser Form von Schulmedizin sagen | GASTBEITRAG von P

Betrachtet man die Geschichte der Weltgesundheitsorganisation (WHO), so gewinnt man den Eindruck, dass die Gründungsväter der WHO, allesamt honorige Persönlichkeiten der öffentlichen Gesundheit, die internationale Medizin in durchaus ganzheitlicher Weise in eine menschlichere Zukunft bringen wollten (Ilona Kickbusch 1999).

Die berühmte Definition von Gesundheit, die 1948 zur Gründung der WHO veröffentlicht wurde, lautete dementsprechend: »Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen.« Einerseits ist der in dieser Formulierung geäußerte Anspruch positiv, ja wirklich innovativ, weil die WHO das Psychische und Soziale in den Begriff Gesundheit integrierte und sie Gesundheit damit aus einer rein biomedizinischen Sichtweise und den engen Bezügen professioneller Krankheitssysteme herauslöste. Dieses Gründer-*Statement* der WHO ist aber auch kritisch zu sehen, da der Begriff »vollständig« ein Bild von Perfekt-Sein trägt, welches vorgibt, möglich zu sein, aber eigentlich unerreichbar ist. Die berühmte Karotte, der man ständig hinterherjagt, ohne sie jemals zu erhaschen. Eine Vorgabe, die in den Folgejahren kapitalistisch-neoliberaler Entwicklungen durchaus den Kern für gesundheitspolitisch gefährliche Tendenzen birgt.

Und so war es dann auch. Anfangs, obwohl auch hier schon von den Interessen der Weltbank geleitet, verfolgte die WHO durchaus eine paradigmatisch wegweisende, biopsychosoziale Richtung, jedoch kippte diese innere Orientierung in den folgenden Jahrzehnten zunehmend und die WHO entwickelte sich seit den 1980-er und 1990-er Jahren und dann ganz besonders in den 2000-er Jahren in Richtung einer Art Gesundheitsfiliale profitorientierter Unternehmungen (u. a. Medien, international einflussreiche Stiftungen, NGOs, transnationale Konzerne). Damit verbunden wurden auf Nachhaltigkeit angelegte soziale Gesundheitsprojekte (zum Beispiel »primary health care«) kurzfristigen auf Technologie und Krankheit, und damit auf Symptome fokussierten Projekten, deren Ergebnisse leichter und schneller messbar waren und bei denen man (nachhaltig) Geld verdienen konnte (zum Beispiel Ausrottung der Malaria), nachgeschaltet. Und parallel zur zunehmenden Ökonomisierung von Gesundheit und dem Verlust von ganzheitlichen nachhaltigen medizinischen Anliegen kam es zu einer weiteren Entwicklung, die nun mit dem neuen Pandemievertrag und den internationalen Gesundheitsregularien totalitäre Züge annimmt: Der Abnahme der Internationalisierung der WHO, also des gemeinsamen demokratischen Agierens mehrerer Nationen, hin zur Globalisierung, also des Nivellierens von nationalen Grenzen, Stichwort »global health«, die eine alleinstehende Machtstruktur benötigt, um die Ziele von oben nach unten global durchzusetzen (Theodore M. Brown und andere, 2006).



Demokrat mit klarem Statement gegen totalitäre Pläne. Foto: Georgi Belickin

Diese Tendenzen hinsichtlich von Technik geprägter, kurzfristig angelegter, auf die Ausmerzung von Symptomen zielende Gesundheitspolitik – und damit direkt verbunden – der Ökonomisierung von Gesundheit und der totalitären Kontrolle und Manipulation von Gesundheit, konnte man gebündelt während der COVID-Pandemie beobachten, wenn man es denn konnte und nicht in Angst und Panik erstarrte. Auch hier dürfte die WHO als oberster internationaler Instanz in Sachen Gesundheit federführend gewesen sein. Die meisten Nationen machten mit und die Industrie profitierte in einem noch nie dagewesenen Ausmaß vom Leid der Bevölkerung. Ich rufe an dieser Stelle die mechanisierten, am realen Leben der betroffenen Bevölkerung vorbeizielenden Corona-Maßnahmen ins Bewusstsein (»social distancing«), die Unmengen an Geldern, die erfolglos in den Sand gesetzt wurden – aber an anderer Stelle wie wundersam zu raschem Reichtum führten, und die teils brutalen menschenverachtenden Mittel, mit denen man insbesondere die Schwächsten der Gesellschaft – die Kinder, die Alten, die Armen und die Kranken – drangsalierte und Kritiker mundtot machte. Das hatte mit Gesundheit nichts mehr zu tun. Im Gegenteil, bei genauer Sicht, und insbesondere je mehr Zeit nach der Corona-Krise verstrichen ist, desto deutlicher werden die Fehler, die gemacht wurden, und je mehr kristallisiert sich heraus, dass die Maßnahmen mehr gesundheitlichen Schaden verursacht als verhindert haben dürften. Meine Hypothese als Psychoneuroimmunologe zum Thema *Post-COVID/ Post-Vac*: Ich glaube Post-COVID und Post-Vac, die in ihrer Ausprägung sehr ähnlich sind, sind bei aller biologisch-somatischer Problematik auch Traumafolgestörungen, wo sich der von der Gesellschaft zutiefst verunsicherte und verletzte Mensch letztlich selbst zu zerfleischen beginnt.

DURCH KRANKHEITEN WIRD GELD VERDIENT, NICHT AN DER SCHAFFUNG VON GESUNDHEIT

Kommen wir zur Ausgangsfrage zurück: Geht es der WHO (noch) um Gesundheit? Wer jetzt angesichts meiner obigen Ausführungen reflexartig mit »Nein« antwortet, dem müsste eigentlich das Nein im Hals steckenbleiben. Warum das? Weil wir alle selbst Teil eines materialistischen Gesellschaftssystems sind, welches den Menschen weitgehend als Objekt, Ware und Maschine sieht, und das wir durchaus an vielen Stellen unhinterfragt lassen, ja abnicken oder sogar gutheißen. Zum Beispiel das derzeitige von der Schulmedizin geprägte Gesundheitssystem. Finden wir hier nicht beim genauen Hinsehen ähnliche Prozesse vor, wie sie typisch für die derzeitige WHO sind und für den Umgang mit Menschen während der Corona-Krise waren? Herrscht in der derzeitigen Schulmedizin nicht auch ein Überhang an Technik vor? Denken Sie an den fast schon ausschließlichen Gebrauch von Tests, Ultraschalluntersuchung und bildgebenden Verfahren in der Diagnostik von Krankheiten; an dem fast ausschließlichen Einsatz von Medikamenten und Operationen, wenn es um die Behandlung von Krankheiten geht; an die systematische Vernachlässigung des Psychischen, Sozialen, Kulturellen und Spirituellen, insbesondere bei der Frage nach den Ursachen von Krankheiten; an der quasi nichtexistierenden Prävention von Krankheiten beziehungsweise der Frage, was uns gesund hält? Und das, obwohl längst bekannt ist, dass die meisten chronischen Krankheiten sogenannte Zivilisationskrankheiten sind, zu deren Vermeidung der Lebensstil der Menschen verändert werden müsste. Denken Sie weiter an die Unmengen an Geldern, die vom medizinisch-industriellen Komplex an Krankheiten verdient werden, wohlgemerkt, nicht an der Schaffung von Gesundheit. Die Gesundheitswirtschaft ist zum lukrativen Geschäft geworden. Profitgier geht im Zweifel über Gesundheitsinteressen schamlos hinweg und hat auch keine Angst vor überflüssigen Operationen, wenn sie sich gut abrechnen lassen. Und denken Sie schließlich an den üblichen autokratischen, wenn nicht autoritären Umgang von schulmedizinisch geprägten Ärzten mit ihren Patienten. Wo dem Patienten die Eigenverantwortung weitgehend abgesprochen wird, er zum passiven Rezipienten ärztlicher Leistungen wird, in teils totaler Abhängigkeit, erstarrt in Angst und Schuld – die ihm gerne dann eingeredet wird, wenn er nicht den ärztlichen Anweisungen folgen will.

Wenn wir nun zum geplanten Pandemievertrag und den totalitär anmutenden internationalen Gesundheitsregularien »Nein« sagen – und wir müssen das dringend tun, alternativlos – dann sollten wir konsequenterweise endlich auch zu dieser Form von Schulmedizin »Nein« sagen, denn die Medizinideologie wie wir sie kennen, wird von der WHO symbolisiert, vertreten und exekutiert, ja sie ist die WHO. Ansätze für Gegenbewegungen zum schulmedizinischen *Mainstream* mit seinem mechanistisch-reduktionistischen

noch)

ularien ist alternativlos,

rof. Dr. Dr. Christian Schubert



Während Corona gehörte Psychoneuroimmunolge Prof. Dr. Dr. Christian Schubert zu den Ärzten und Psychologen, die lautstark Kritik an Spritzen und Maßnahmen äußerten. Im großen DW-Interview (Ausgabe 144) erklärte er: »Die Medizin sieht Menschen nur als Maschinen!« Foto: privat

Menschenbild und dem damit eingehenden Ausverkauf des Menschlichen gibt es in der Medizingeschichte immer wieder, auch bei der WHO. Als zum Beispiel die Ottawa-Charta 1986 von Sozial- und Gesundheitswissenschaftlern aus Deutschland und Österreich formuliert und von den WHO-Mitgliedsstaaten beschlossen wurde. Ausgangspunkt waren die 1978 auf der Grundlage der Deklaration von Alma-Ata zu den in den *primary health care*-Aktivitäten erzielten Fortschritte, das WHO-Dokument »health for all in the year 2000« sowie die bei der WHO geführte Diskussion zum intersektoriellen Zusammenwirken für die Gesundheit (Kickbusch und andere). Die WHO war längst schon von Kapitalinteressen der *Stakeholder* wie Weltbank und Rockefeller-Stiftung unterwandert beziehungsweise übernommen (Brown und andere, 2006) und die Ottawa-Charta war so gesehen eine Art letztes Aufbäumen jener Kräfte in der WHO, die die Gesundheit noch im Blick hatte, so in etwa wie sie in der eingangs dargestellten Definition der WHO 1948 formuliert wurde. Nur ging die Ottawa-Charta weiter und sprach von transnationaler Gesundheitsförderung.

DIE MENSCHEN MÜSSEN IN DIE EIGENVERANTWORTUNG KOMMEN

An dieser Stelle möchte ich dem Arzt, Präventologen und Freund Ellis Huber danken, der 1980 den ersten Deutschen Gesundheitstag in Berlin organisierte, von 1987 bis 1999 Berliner Ärztekammerpräsident war und der mich nochmals eindringlich auf die Ottawa-Charta hinwies. Gesundheitsförderung im Sinne der Ottawa-Charta sieht Gesundheit als wesentlichen Bestandteil des alltäglichen Lebens und nicht als vorrangiges Lebensziel. Grundlegende Bedingungen und konstituierende Momente von Gesundheit sind Frieden, angemessene Wohnbedingungen, Bildung, Ernährung, Einkommen, ein stabiles Öko-System, eine sorgfältige Verwendung vorhandener Naturressourcen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Gesundheit wird damit zu einem möglichst weltumspannenden Kulturgut, welches durch eine multinationale Anstrengung gefördert und auf allen Ebenen und in allen Politiksektoren, also nicht nur der Gesundheit, sondern auch der Wirtschaft, der Bildung, usw. täglich vertreten werden muss. Gesundheitsförderung im Sinne der Ottawa-Charta wird nicht von oben nach unten autokratisch, diktatorisch verordnet, sondern mit sozialen und finanziellen Mitteln demokratisch begleitet, wodurch Gesundheit im Rahmen konkreter und wirksamer Aktivitäten von Bürgern in ihren sozialen Institutionen und Gemeinden, also von unten nach oben, realisiert werden kann. Den Menschen soll ermöglicht werden, selber als eigenverantwortliche Träger ihrer Gesundheit zu fungieren, und der Medizin und anderen Gesundheitsdiensten soll dabei die Aufgabe der uneigennützigen Unterstützung zukommen. Gesundheit Schaffen ist ein lebenslanger Lern- und Entwicklungsprozess, der sowohl in Schulen wie auch zu Hause, am Arbeitsplatz und innerhalb der menschlichen Gemeinde gefördert werden muss. Die Ottawa-Charta wurde 1986 erstellt. Heute, fast 40 Jahre später, sehen wir von dieser Gesundheitsinitiative der WHO kaum etwas und es überwiegen ganz offensichtlich totalitäre Entwicklungen, die die humanistischen Werte mit den Füßen treten und zur Überlebensstrategie der kapitalistischen Interessen geworden sind.

Und nun zum Schluss ein letztes Mal zur Ausgangsfrage: Geht es der WHO (noch) um Gesundheit? Ich würde nun eher die Frage stellen: Geht es den 194 Ländern, die Mitglieder der WHO sind, ja geht es uns selbst überhaupt um Gesundheit? Der reduktive Materialismus als Menschenbild der westlichen und zunehmend auch der östlichen Welt und damit verbunden die nahezu religiöse Anbetung des Geldes hat uns alle mehr oder weniger fest im Griff. Anstelle also die WHO und insbesondere einzelne Protagonisten der WHO und von bestimmten Stiftungen zu dämonisieren, sollten wir uns alle mehr bemühen, Einsichten in die strukturellen Bedingungen unseres Lebens zu gewinnen oder noch besser, uns selbst erkennen lernen, bevor es die anderen tun – Stichwort: »soft power« (Rainer Mausfeld) – um uns letztendlich im Sinne reduktiv-materialistischer Machtinteressen zu manipulieren und zu missbrauchen. Geschehen im großen Stil in den letzten drei Corona-Jahren. Um wieder zurück zur WHO zu kommen: Es sollte also bei uns Kritikern und Gesundheitsaktivisten, im oben genannten gesundheitsförderlichen Sinn, eher um die autonome und selbstbewusste Gegenstrategie gehen, das heißt, mit unserer nationalen, demokratisch gewählten Regierung und gemeinsam mit den 193 anderen internationalen Regierungen die WHO im Sinne der in der Ottawa-Charta formulierten Gesundheitsförderung gestalten und damit mit aller Kraft die Gesundheits- und Sozialwirtschaften in eine Gemeinwohlökonomie transformieren.

Zum Autor: Der gebürtige Oldenburger Dr. Dr. Christian Schubert ist Professor an der Universitätsklinik für Psychiatrie II Innsbruck (Österreich). Der Text ist die Verschriftlichung eines Vortrags, den er kürzlich auf einem Corona-Aufarbeitungssymposium der FPÖ in Wien hielt. Schubert ist Autor zahlreicher Bücher, darunter »Was uns krank macht – Was uns heilt: Aufbruch in eine neue Medizin«. Sein aktuelles Werk heißt »Geometrie der Seele: Wie unbewusste Muster das Drehbuch unseres Lebens bestimmen«.

TOTALITÄRE PLÄNE

Die Mitgliedsstaaten der von *Big Pharma* unterwanderten Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind noch uneinig: Bis zum Ende dieser Woche (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) wollten die Unterhändler der 194 Länder über die Inhalte des Pandemievertrags und die Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) in großer Eile und wenig transparent verhandeln mit dem Ziel, bis zur WHO-Generalversammlung (ab 27. Mai) doch noch eine Einigung zu erzielen. Im schlimmsten Fall wird die Welt künftig aus Genf regiert: Die WHO könnte dann selbstständig Pandemien ausrufen und auch bei Widerstand der Mitgliedsstaaten Maßnahmen gegen vermeintliche Seuchen einleiten. Die AfD (in Deutschland) und die FPÖ (in Österreich) kämpfen vehement gegen die totalitären Pläne an. Der DW berichtet laufend über dieses Thema, zuletzt in den Ausgaben 171 und 172. (kmü)



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

**SEHR GEEHRTE LESERINNEN,
SEHR GEEHRTE LESER,
LIEBE KINDER,**

das Kartell »Unsere Demokratie« nutzt die Gelegenheit beim Schopfe, nachdem vier Jugendliche einen sächsischen Europaparlaments-Kandidaten der Regierungspartei SPD beim Aufhängen von Wahlplakaten ins Krankenhaus prügelten. Der sächsische Innenminister fordert umgehend eine weitere Verschärfung des Strafrechtes für Angriffe auf »Unsere Demokratie«. Wer Parteipolitiker angreift, soll dafür härter bestraft werden, als für Attacken auf Normalsterbliche.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser sieht sich bestätigt in der Wichtigkeit des Kampfes gegen »Demokratiefeinde« und will rigorose, schnelle und konsequente Strafverfolgung und Verurteilung. Es ist eine riesige Welle, die dieser Fall nun macht.

Dabei wird wieder einmal mit zweierlei Maß gemessen. Wo war der Aufschrei, als friedliche Demokraten bei den Augustdemonstrationen 2020 und 2021 von der Berliner Polizei durch den Tiergarten gejagt, zu Boden geschubst und zusammengeschlagen wurden? Wo war der Aufschrei, als Demonstranten in der Hand der Polizei verstarben? Wo war das Einsehen, als der damalige UN-Kommissar für Folter, Niels Melzer, seine Ermittlungen startete und nach gründlicher Untersuchung feststellte, es handle sich um ein durchgehendes Versagen in der Aufklärung und Verhinderung von enthemmter Staatsgewalt, Deutschland sei eine »Schönwetterdemokratie«, also gar keine.

Die Demokratiebewegung hat am eigenen Leib erfahren, wie die Menschen, die nun von Pappwänden auf uns herabschauen, mit ihnen selbst, ihren Müttern, Töchter, Söhnen und Großvätern umgehen. Diese Menschen lassen jagen, kesseln, töten. Alles im Namen von »unserer Demokratie«, die sie als ihr Eigentum betrachten. Aber ob man sie deshalb ins Krankenhaus schlagen muss, da wo man sie trifft?

Wir sind an Aufklärung der Verbrechen interessiert. Am Ausgleich durch Recht. Der Querdenker-Gerichtshof findet am 2. August 2024 in Berlin statt. Wenn Sie uns dabei unterstützen möchten, können Sie das hier tun:

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
IBAN: IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Schnell, fair und konsequent richten; Spende

Mit hochachtungsvollen Grüßen
Hendrik Sodenkamp
DW-Mitherausgeber

WEIMAR EROBERT KÖLN

Maskenrocker erweisen sich als immun gegen mediale Hetze und werden von ihren Fans frenetisch gefeiert, während ein paar frustrierte »Omas gegen rechts« im Regen versauern | KONZERTBERICHT von Klaus Müller

Im »besten Deutschland aller Zeiten« ist *Cancel Culture* längst zur Normalität geworden. So verwundert es nicht, was sich im Vorfeld des Weimar-*Gigs* in Köln abspielte. Schon Monate vor dem Auftritt liefen linke Politiker Amok, Konzernmedien überschlugen sich in ihrer Feindseligkeit. Je näher der Konzerttermin rückte, desto massiver wurde die Hetzkampagne.

»Herr Sartory, Sie schenken ihr Kölsch heute an Nazis aus«, titelte etwa *t-online*, das für seine Hasstiraden bekannt ist, noch am 4. Mai, dem Tag des Konzerts und forderte damit Marcus Sartory, den Geschäftsführer der veranstaltenden gleichnamigen Säle, auf, den *Event* noch in letzter Minute abzublasen. Klappte nicht, denn Herr Sartory bewies, was vielen in diesen Zeiten fehlt: Rückgrat! »Das Konzert wird stattfinden«, erklärte er gegenüber dem *Kölner Stadt-Anzeiger*. »Für uns gibt es keine rechtlichen und moralischen Gründe, das Konzert abzusagen. Wir sehen keine aktuellen Anhaltspunkte, die *Band* als rechtsextrem einzustufen.«

Rückblick: Das Relotius-Blättchen *Spiegel* hatte im Februar 2023 über lange zurückliegende Jugendsünden zweier *Band*mitglieder berichtet. Im Anschluss daran wurden Weimar von den Konzernmedien »niedergeknüppelt«, die Plattenfirma Universal Music trennte sich von ihnen, die bevorstehende Deutschland-*Tour* musste *gecancelt* werden. Doch Weimar rafften sich auf, veröffentlichten in Eigenregie ihr Debütalbum »Auf Biegen & Brechen« ein zweites Mal und schossen in den *Charts* von null auf Platz zwei (DW berichtete). Doch trotz glaubwürdigem Reue-Bekenntnis werden sie seitdem als »Nazi-*Band*« und »rechtsextrem« *geframt*, weil sie in ihren *Song*texten politische und gesellschaftliche Missstände anprangern und auch nicht vor Kritik an den Medien (»Alles Lüge«) zurückschrecken.

In der Domstadt hatten mehrere Gruppen und Parteien zu Protesten aufgerufen. Laut Polizei wurden bis zu 280 Personen angemeldet, doch es kamen nur 40 – darunter *Fake*-Antifanten und rot-grüne lokale Polit-Gestalten. Diese durften sich im Friesenviertel abgeschirmt von Polizeibeamten schräg gegenüber den Sartory-Sälen positionieren, fielen jedoch kaum auf. Und bei einsetzendem Regen blieben nur noch ein paar »Omas gegen rechts« übrig. Maria Helmis-Arend (SPD) jammerte gegenüber *t-online*: »Ich hätte gedacht, hier tauchen noch viel mehr auf.« Falsch gedacht!



Volle Hütte: Weimar wurden in Köln gnadenlos bejubelt, spielten mit »Aloha 'Oe« auch einen brandneuen *Song*. Foto: SG/Weimar



Rockten mächtig ab: Weimar *on stage*. Das zweite Album der *Band* ist für Spätsommer 2024 geplant. Foto: Achim Scholz

»Nicht jeder Herde muss man folgen, nur um nicht allein zu sein«, singen Weimar in ihrem *Song* »Anders als die andern« völlig zurecht. Aber keinen Fehler machte, wer sich der Menschenmasse anschloss, die in Richtung Sartory-Säle drängte. Um 21:45 Uhr legen Kurt Ronny Fiedler, Till Schneider, Valentin Tod und Richard Wegnar los. Nach »Erwartet uns« und »Bester Feind« folgt die erste Ansage an die rund 2.500 *Fans* im restlos ausverkauften Saal mit einem kleinen Seitenhieb in Richtung Gegenprotest: »Ihr dürft drinnen sein, während die anderen im Regen tanzen.« Nach »Als gäb's kein Morgen mehr« kommt das laut Frontmann »erste richtig böse Lied an diesem Abend«: »Von Wölfen und Ratten«. Daran anschließend ertönen laustarke »Weimar«- und »Ost-Deutschland«-Sprechchöre. Ein Teil des Publikums ist der thüringischen *Band* aus den neuen Bundesländern hinterhergereist. Weimar sind *happy*: »Hätte uns das vor einem Jahr jemand gesagt«, man hätte es wohl nicht geglaubt. »Heute sind wir hier!« Später werden einige Anhänger vom Sänger erstmal mit Wasser versorgt. »Wir wollen ja nicht, dass morgen im *Kölner Stadt-Anzeiger* steht: *Fans* bei Weimar-Konzert verdurstet.« Dann folgt mit »Zur Freiheit« ein *Song*, der zur Widerstandshymne taugt: »Dann geht doch und holt euch die Straße zurück – Stein für Stein...«

Witzige Anekdote: Ein *Fan* namens Stephan springt auf die Bühne und stimmt mit einem übers T-Shirt gezogenen BH eine neue Version des Ballermann-Hits »Leyla« an: »Bei Tag und Nacht, ich höre nur noch Weimar. Lalalalala. Weimar, die sind schöner, jünger, geiler ...« Die Masse tobt. Während Stephan per *Crowdsurfing* durch den Saal schwebt, präsentieren Weimar einen im Vorfeld bereits angekündigten und mit Spannung erwarteten neuen *Track*: »Aloha 'Oe« (dt.: »Lebe wohl«). Ein Lied mit diesem Titel wurde einst von der letzten Königin Hawaiis geschrieben, als sie von den Amerikanern unter Hausarrest gestellt wurde und dem alten Hawaii nachtrauerte. Auch mit dem Text lassen Weimar einmal mehr Interpretationsspielraum zu: »Ein schwarzes Schiff auf hoher See segelt stolz im Sonnenschein, während die anderen kleinen Schiffe untergehen. Und aus der Ferne klingt ein Lied, getragen von der Schicksalsmelodie. Ganz egal, was ihr auch macht, dieses Schiff versenkt ihr nie. Liebe Grüße aus Weimer. Aloha 'Oe ...«

Nach exakt einer Stunde verlassen die *Rock*-Rebellen die Bühne, ehe sie für die Zugabe zurückkehren. Dabei wird »Anders als die andern« in Co-Produktion mit den *Fans* regelrecht zelebriert: Erst singt das komplette Publikum (wie bei allen anderen *Tracks* auch) textsicher und lauthals mit, ehe mal die eine, mal die andere Hälfte des Saales und mal ausschließlich der weibliche Anhang gefordert ist: »Die ganze Welt zeigt uns den Finger, aber das ist uns egal! Das Wasser könnt ihr uns nicht reichen, dafür könnt ihr uns alle mal...« Nach »Ich glaube« und insgesamt 15 *Songs* ist es 23:05 Uhr. Ein genialer Konzertabend ist zu Ende: »Danke Köln!«

Ein Interview mit Marcus Sartory folgt in DW-Ausgabe 174.

Hin Da! KULTURKALENDER

11.05.-12.05.2024 • Berlin; genauer Ort wird Teilnehmern per Mail bekannt gegeben • BUCHMESSE • das Debatten Netzwerk Idearium, gegründet von Thorsten Weiss lädt ein zu Podiumsdiskussionen, Lesungen, Vorträgen und Infoständen von Verlagen • Sa, 10:00 Uhr – 20:00 Uhr, So, 10:00 Uhr – 16:00 Uhr • Eintritt: 15€ bar vor Ort nach Anmeldung unter thorsten-weiss.de

12.05.2024 • Berlin, LAIDAK, Boddinstr. 42, Haus 43, 12053 Neukölln • LESUNG • »Heilige Kühe« offene Lesebühne für verbotene Texte • 19:30 Uhr • Eintritt frei, Anmeldung unter holycows.lesebuehne@gmail.com

15.05.2024 • Bremen; Heinrichstr. 11, 28203 Bremen • VORTRAG • »Droht uns eine Gesundheitsdiktatur? Der WHO-Vertrag« von Dr. Walter Weber und Dr. med. Jürgen Borchert, anschliessend Diskussion • 18:00 Uhr • Eintritt frei

15.05.2024 • Dresden; Altstadt, exakter Ort wird bekannt gegeben • VORTRAG • »Viren sind nicht das Problem ... bleiben Sie besonnen« von Dr. Wolfgang Wodarg • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden willkommen; Anmeldung unter team-marcus.de/termine/premiere-wolfgang-wodarg/

16.05.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • Rotatonics, le plus petit grand orchestre • 19:30 Uhr

18.05.2024 • Karlsruhe; Festsaal der Karlsburg Durlach, Pfinztalstr. 9, 76227 Karlsruhe • VORTRAG/ GESPRÄCH • »Zur Übertragbarkeit der südafrikanischen Wahrheitskommission auf den Ukraine-Konflikt« Buchvorstellung und Diskussion von dem Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte (KRiStA) mit Dr. Clivia von Dewitz • 19:00 Uhr • Tickets: 5 € - 10 € unter eventfrog.de

18.05.2024 • Neustadt a.d.W.; Festplatz, Heidenbrunnenweg 12, 67434 Neustadt an der Weinstraße • FEST • »Hambacher Fest 2024» DJ Keymass aus Bitburg legt auf bei der Abschlussparty • 19:00 Uhr • Eintritt frei

23.05.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • »Benefizkonzert für Impfgeschädigte« mit Christine Prayon, Tina-Maria Aigner, Ugo D' Orazio u.v.m. • 18:30 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

23.05.2024 • Berlin; Rudolf Steiner Haus, Bernadottestr. 90, Haus 92, 14195 Berlin • VORTRAG • »Gesundheitliche Selbstbestimmung – Wege und Hindernisse« von Wolfgang Wodarg, anschliessend Diskussion • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten (ca. 20€ pro Person) • Anmeldung unter anmeldung@kulturkreis-pankow.de

24.05.-25.05.2024 • Braunsbedra; Pfännerhall, Grubenweg 4, 06242 Braunsbedra • KONGRESS • NuoViso präsentiert den NuoFlix Kongress mit Robert Stein, Frank Stoner, Charles Fleischhauer, Katrin Huss, Markus Krall, Wolfgang Effenberger, Tom Lausen, Hans-J. Maas, Werner Kirstein • Tickets: 145 € unter nuovisoshop.de

27.05.2024 • Dresden; KulturHaus Loschwitz, Friedrich-Wieck-Str. 6, 01326 Dresden • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

28.05.2024 • Überlingen;Buchhandlung Odilia; Münsterplatz 10, 88662 Überlingen • VORTRAG • »Gesundheitliche Selbstbestimmung – Wege und Hindernisse« von Wolfgang Wodarg, anschliessend Diskussion • 19:00 Uhr • Tickets: im Vorverkauf 30 € unter www.stattzeitung.org oder an der Abendkasse 35€

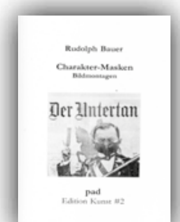
31.05.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • VORTRAG • »Macht und ihre Herrschaftstechniken – Präsenz des propagandistischen Systems im Alltag« von Astrid Nestvogel (Neue Gesellschaft für Psychologie) • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

01.06.2024 • Deggendorf; Stadthalle, Edlmairstr. 2, 94469 Deggendorf • FESTIVAL • »Fairändern« Vorträge von Christian Kreis, Christian Felber und Thomas Hann, Musik von Rairda • 15:00 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 25 € unter deggendorf-miteinander.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischer-widerstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1

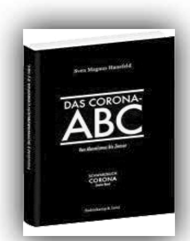


CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC: Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6

WAS GEHT AB – BEIM PACK?

KOLUMNE MEDIEN

von Anselm Lenz (Urlaubsvertretung Prof. Meyen)

Die Schweineratten haben ein Problem: Es sind nicht Kriege, nichtmal die Verteuerung des Lebens und die sich ausweitende Armut. Auch die anderen Niedergangserscheinungen sind den meisten Wurst. Aber der Injektionsgenozid fällt dem *Mainstream* jetzt auf die Füße.

Sogar die beinharte Kriegstreiberin Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) musste zuletzt einräumen: »Ich kriege auch Briefe, wo Scheiße drin ist, um das mal ganz deutlich zu sagen«, so die sich selbst zärtlich als »Strack-Zi« Abkürzende im *Podcast* mit meinem Branchenkollegen Gabor Steingart. Für ihre Mitarbeiter im Bundestag sei das eine »absolute Zumutung«; der Rüstungslobbyistin dämmert: »Das Wegsperren von jungen Menschen, von Schülerinnen und Schülern, dass hier gar nichts mehr lief, hat im Internet Menschen derart radikalisiert und sozial verstört, dass wir gerade die Quittung bekommen.«

Die Vorsitzende des Verteidigungs- – oder besser: Kriegsausschusses des Bundestages und gestählte Waffenverkäuferin war zuletzt mit Droh-Auftritten auf Marktplätzen aufgefallen (»Weiß Dein Chef davon?« gegenüber Demonstranten). Eine Folge ihrer völlig missglückten EU-Kampagne als »Oma Courage«? Die FDP-Werbeagentur muss in Verkennung des paraphrasierten Antikriegs-Theaterstücks von Bertolt Brecht *the american way* »designt« haben. Denn die tragisch-couragierte Figur »Mutter Courage«, die an kleinen »Rüstungsdeals« im Dreißigjährigen Krieg (1618 – 1648 n.C.) mitverdient, verliert schließlich alle ihre drei Kinder an den Krieg –wie sogar Gregor Gysi (Partei Die Linke) im deutschen Schweinepropagandafernsehen öffentlich bemerkte (ARD-Maischberger, 9. April 2024).

Ob bei solcherlei »Scheiße« eine enttäuschte Wählerin der Bündnisgrünen in der Werbeagentur am Werk war? Was geht ab beim Pack?Die Hupfdohlen-Partei hatte 2021 explizit versprochen: »Keine Rüstungsexporte in Kriegsgebiete!«, heute Kriegstreiberpartei Nummer eins, dicht gefolgt von CDU-CSU-FDP und – mit in Spurenelementen etwas weniger Weltkriegsbegeisterung – der SPD. Die Linke übt sich mit Ausnahme der immer unterhaltsam-vernünftigen Klugheiten eines Gysis oder eines Jan van Aken vor allem weiterhin in Eunuchentum: Kein Wort zu den Todesspritzen. Auch vielgerühmte Alternativmedien drücken sich um dieses Thema. Allein laut EMA-Behörde über 20.000 Totgespritzte, über 600.000 schwere Nebenwirkungen, darunter über 15.000 bei Kindern in Folge der Covid-Injektionen. »Die Quittung bekommen«, ist also gar kein Ausdruck, für das, was den dafür Verantwortlichen noch bevorsteht. Gott steh uns allen bei!



DAS GEHEIMNIS DER STELLVERTRETUNG

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von S. U. I.

Das Prinzip der Stellvertretung ist allgegenwärtig in unserer Welt – im Schönen wie im Schlechten. Doch was hat das mit uns als Wahrheitssucher, Selbst-, Kreuz- und Querdenker zu tun?

Das Prinzip der Stellvertretung besagt, dass Leben hier auf Erden nur möglich ist, weil wir über verschiedene Ebenen und Systeme hinweg FÜR-einander da sind: Die einen setzen sich stellvertretend für andere ein. Wir sind als Menschen, Tiere und kosmisches System einander verpflichtet und voneinander abhängig.

So lebt der Fuchs von der Gans, was für den Bauern schlimm ist. Die Biene lebt von den Blumenblüten auf eine Art, die uns Freude macht und uns schmeckt. Der Parasit lebt vom Wirt auf eine krankmachende Art und Weise, während das ungeborene Kind von der Mutter lebt, die - hoffentlich – in freudiger Liebe mit ihrem heranwachsenden Baby verbunden ist. Und wir, die wir die Wahrheit suchen und uns für Aufarbeitung, Gerechtigkeit und Menschenwürde einsetzen? Ja, wir alle haben unterschiedliche Preise bezahlt: Diskriminierung, Repressalien, Freiheitsentzug, Berufsverbote, Zerstörung von Ehre und Existenz. Wir taten dies füreinander, aus Liebe zur Wahrheit und unseren Mitmenschen, die brutal manipuliert wurden. Stellvertretend litten viele von uns, damit so mancher böse Plan (zum Beispiel die allgemeine Impfpflicht) für alle gestoppt werden konnte. Stellvertretendes Handeln verbindet, macht dankbar und gibt uns Hoffnung. Ohne Stellvertretung keine Verbundenheit und Liebe.

Natürlich gibt es auch Stellvertretung bei Lüge, Ausbeutung oder Verletzung. Stellvertretend logen einige Verantwortliche für Systeme dahinter; andere setzten stellvertretend die skurrilen und schädlichen Maßnahmen mit Gesetzeshärte durch. Ärzte impften stellvertretend auf Empfehlung der Behörden. Stellvertretung ist auch Methode von Schlechtem oder Bösem.

Wenn wir für das Gute und Wahre einstehen wollen, brauchen wir einen Maßstab, um zu erkennen, was gut und wahr ist. So einen Maßstab gibt uns der Sohn Gottes, Jesus Christus, in der Metapher eines verantwortungsvollen Hirten. Jesus Christus spricht: »Ein Dieb kommt nur, um zu stehlen, zu schlachten und umzubringen. Ich bin gekommen, damit sie das Leben haben und volle Genüge. Ich bin der gute Hirte. Der gute Hirte lässt sein Leben für die Schafe« (Johannes 10, 10-11).

Dieser göttliche gute Hirte will uns Orientierung und Kraft geben, uns selbst für andere stellvertretend wie ein »guter Hirte« einzusetzen. Dazu helfe uns Gott!

Die Autorin veröffentlicht anonym, da ihr Arbeitgeber eine namentliche Mitarbeit in dieser Zeitung ablehnt. Sie ist der Redaktion bekannt.



SPORT MIT BERTHOLD

LIEBER DERBY VON ROM ALS BLUTIGE WÜSTE

Ich erinnere mich natürlich gern an Spiele mit Derbycharakter. Die Offenbacher Kickers gegen Eintracht Frankfurt, das waren noch Zeiten!

Der OFC erstklassig, Hexenkessel Bieberer Berg, da brannte die Hütte! Dann beim VfB Stuttgart gegen den KSC, auch ein Derby mit viel Brisanz. Aber die Krönung ist natürlich das Derby in Rom, AS Roma gegen Lazio. Ganz Rom freut sich das ganze Jahr auf diese beiden Spiele. Die Stimmung vor dem Spiel und im Stadion kann ich gar nicht beschreiben, so elektrisierend, so explosiv. Ich bin sehr stolz darauf, dass ich in Rom nie ein Derby verloren habe.

Im Nationaldress ist es das Derby gegen Holland: Ich kann mich an das WM-Qualifikationsspiel 1989 in Rotterdam noch heute erinnern. Bombenalarm im Hotel in der Nacht vor dem Spiel. Die Route zum Stadion musste geändert werden, weil der Bus mit einem abgesägten Baumstamm attackiert werden sollte. Wir haben in Rotterdam ein Superspiel gemacht und den Sieg durch einen unnötigen Elfmeter hergeschenkt. Die Niederlande liefen mit den AC-Milan-Spielern Gullit, Van Basten und Rijkaard auf. Zu dieser Zeit war der AC Milan die beste Vereinsmannschaft der Welt. Damit man das einmal einordnen kann.

IM KRIEG GEHTS NUR UM GEOPOLITISCHE INTERESSEN

Israel gegen Palästina ist leider das Gegenteil vom sportlichen Drama des Lokalderbys. Es ist eine Schande, dass die Welt zuschaut, es nur um geopolitische Interessen geht, die ohne Rücksicht auf Verluste ausgetragen werden. Hamas-Kämpfer sollen die israelische Grenze überquert haben? Aber die israelische Armee sieht in ihren Bunkeranlagen jeden Schmetterling auf dem Radar, da kommt niemand unbemerkt über die Grenze. Alles Lügen, die verbreitet werden.

Es geht um Land in Palästina, das enteignet wird und um Off-Shore-Öl im Meer, das zu Palästina gehört. Eine unabhängige Berichterstattung über die Zusammenhänge findet nicht statt, daran hat das *Establishment* kein Interesse. Auskämpfen müssen das Ganze Soldaten und Zivilisten, die Verantwortlichen geben nur ihre Ansprachen vor dem Hintergrund einer staubigen, blutigen Weltgegend, ohne den Humor und die Eleganz des Sports.

Zurück nach Rom! Nach unserem Sieg im Stadio Olimpico kam Helmut Kohl in unsere Kabine. Er hat sich ehrlich gefreut über den Sieg, ein Jahr nach dem Fall der Mauer. Ansonsten habe ich diese Begleiterscheinungen der Politikerbesuche emotionslos ertragen. Diese Typen sind alle eitel und sonnen sich gerne mit den Gewinnern. Das kommt dann beim Volk gut an, Fußball ist schließlich Volkssport Nr. 1 – und so viel edler als der Krieg und die Politik.

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»DURCH KEINE URSACHE IN DER WELT KANN DER MENSCH AUFHÖREN, EIN FREI HANDELNDES WESEN ZU SEIN.« IMMANUEL KANT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*